

Anton Tantner

Das Wiener Frag- und Kundschaftsamt Informationsvermittlung im Wien der Frühen Neuzeit¹

Die großen europäischen Metropolen Paris und London erlebten im 17. Jahrhundert die Gründung so genannter Adressbüros, die als Stätten der institutionalisierten Informationsvermittlung dienten und den Austausch von Gütern, Immobilien und Arbeitsgelegenheiten befördern sollten.² Als erste bekannte Einrichtung dieser Art wurde 1630 in Paris nahe Notre-Dame das *Bureau d'adresse* installiert; es entstand auf Betreiben des aus Montpellier stammenden Arzts Théophraste Renaudot (1586–1653) und übernahm eine Reihe von unterschiedlichen Aufgaben: Es fungierte nicht nur als Verkaufagentur, Immobilien- und Arbeitsvermittlung, sondern diente darüber hinaus als Pfandhaus, als Stätte der medizinischen Betreuung für Arme sowie als Veranstaltungsort für gelehrte Vorträge, den *conférences du Bureau d'adresse*. Wer auch immer ein Anliegen vorbrachte, konnte dieses gegen Bezahlung einer Gebühr von drei Sous in ein Register eintragen lassen; gegen Bezahlung einer ebenso hohen Summe wurde wiederum aus dem Register Auskunft gegeben. Von Zeit zu Zeit wurden die Registerauszüge in Form von Annoncen in einem eigenen Anzeigenblatt, dem *Feuille du Bureau d'Adresse* publiziert; Artikel über politische Begebenheiten veröffentlichte der Informationsexperte Renaudot ab 1631 in der Zeitung *Gazette*.³

In London wiederum wurden ab Mitte des 17. Jahrhunderts vergleichbare Einrichtungen gegründet, die als *intelligence* oder *registry offices* bezeichnet wurden und vorwiegend der Vermittlung von Waren sowie Dienstboten und Dienstbotinnen gewidmet waren. Sie gaben Anzeigenblätter heraus und siedelten sich oft in der Nähe der Warenbörse, der *Royal Exchange* an.⁴

¹ Die vorliegende Arbeit entstand im Rahmen eines Forschungsvorhabens, das vom Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (P 19826-G08) sowie der Hochschuljubiläumsstiftung der Stadt Wien unterstützt wurde.

² Allgemein zu den Adressbüros siehe Astrid BLOME, Vom Adressbüro zum Intelligenzblatt – Ein Beitrag zur Genese der Wissensgesellschaft, in: Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte 8 (2006), 3–29; Anton TANTNER, Adressbüros in der Habsburgermonarchie und in deutschen Territorien – Eine Vorgeschichte der Suchmaschine?, in: Arndt BRENDENCKE – Markus FRIEDRICH – Susanne FRIEDRICH (Hg.), Information in der Frühen Neuzeit, Münster 2008 (Pluralisierung & Autorität 16), 215–236.

³ Howard M. SOLOMON, Public Welfare, Science and Propaganda in seventeenth Century France: The Innovations of Théophraste Renaudot, Princeton 1972; Gilles FEYEL, L'Annonce et la nouvelle. La presse d'information en France sous l'ancien régime (1630–1788), Oxford 2000, 11–308; Justin STAGL, Eine Geschichte der Neugier. Die Kunst des Reisens 1550–1800. Wien – Köln – Weimar 2002, 175–190; Gérard JUBERT (Hg.), Père des journalistes et médecin des pauvres. Théophraste Renaudot (1586–1653), Paris 2005.

⁴ W. H. BEVERIDGE, A Seventeenth-Century Labour Exchange, in: Economic Journal 24 (1914), 371–376; Dorothy GEORGE, The Early History of Registry Offices. The Beginnings of Advertisement, in: Economic Journal. Economic History Supplement 1 (1926–1929) [Jänner 1929], 570–590; Michael HARRIS, Exchanging Information: Print and Business at the Royal Exchange in the Late Seventeenth Century, in: Ann SAUNDERS (Hg.), The Royal Exchange, London 1997, 188–197; DERS., Timely Notices: The Use of Advertising and its Relationship to News During the Late Seventeenth Century, in: Joad RAYMOND (Hg.), News, Newspapers, and Society in Early Modern Britain. London – Portland 1999, 141–156; Karl Tilman WINKLER, Die Zeitung und die Anfänge der Informationsgesellschaft. Wirtschaft, Technologie und publizistischer Markt in London 1665–1740, in: Martin WELKE – Jürgen WILKE (Hg.), 400 Jahre Zeitung. Die Entwicklung der Tagespresse im internationalen Kontext, Bremen 2008 (Presse und Geschichte – Neue Beiträge 22), 139–175.

Das *Fragstuben*-Projekt des Johannes Angelus de Sumaran

In Wien hätte sich bereits wenige Jahre nach Eröffnung des Pariser *Bureau d' Adresse* die Möglichkeit ergeben, eine solche Einrichtung zu etablieren. Die Initiative dazu ging von einem gewissen Johannes Angelus de Sumaran (auch: Juan Ángel de Zumaran) aus, einem Sprachlehrer, zu dem nur wenige biographische Angaben bekannt sind: Geboren wohl Ende des 16. Jahrhunderts in der baskischen Provinz Guipúzcoa,⁵ entstammte er einer adligen Familie und hatte sich in Brüssel aufgehalten, bevor er sich im Oktober 1612 an der Universität Ingolstadt zum Studium der Rechte immatrikulierte.⁶ Seit Anfang der 1610er-Jahre unterrichtete er Spanisch, Italienisch und Französisch sowie Tanzen;⁷ ab 1617 veröffentlichte er mehrere Sprachlehrbücher und bezeichnete sich in einem davon – einer 1620 erschienenen Grammatik – als *Sprachmeister in München*.⁸ 1622 tauchte er in Wien auf und wird in den Matrikeln der hiesigen Universität als *prof. linguarum* angeführt;⁹ zwei oder drei Jahre später lernte Sumaran den spanischen Botschafter am kaiserlichen Hof, Francisco de Moncada kennen und nahm eventuell an der Belagerung von Breda teil (1624/1625).¹⁰ Die folgenden Jahre verbrachte Sumaran als Sprachlehrer an der Universität Ingolstadt¹¹ und spätestens ab 1633 befand er sich wieder in Wien,¹² wo er 1634 eine spanische und deutsche Grammatik veröffentlichte.¹³ Sein mutmaßlicher Sohn – Matthias Rudolf de Sumaran – hatte sich, aus München kommend, 1626 in die Universität Ingolstadt zum Studium der Grammatik eingeschrieben¹⁴ und heiratete Katharina Rowenský von Libanberg.¹⁵ Er war ebenfalls Sprachlehrer und fungierte 1648/1649 als Kammersekretär Ferdinands IV.¹⁶

Besagter Johannes Angelus de Sumaran suchte im Herbst 1636 bei Erzherzog Leopold Wilhelm darum an, für sich und seine Familie ein Privileg für eine *öffentliche*

⁵ Katrin WIPPICH-ROHÁČKOVÁ, „Der Spanisch Liebende Hochdeutscher“: Spanischgrammatiken in Deutschland im 17. und frühen 18. Jahrhundert, Hamburg 2000, 85.

⁶ Götz PÖLNITZ (Hg.), Die Matrikel der Ludwig-Maximilians-Universität Ingolstadt-Landshut-München. Tl. I, Bd. 2, 1. Halbband.; Ingolstadt 1600–1650, München 1939, Sp. 238.

⁷ Barbara BRUZZONE, Fremdsprachen in der Adelserziehung des 17. Jahrhunderts: Die Sprachbücher von Juan Angel de Sumarán, in: Helmut GLÜCK (Hg.), Die Volkssprachen als Lerngegenstand im Mittelalter und in der frühen Neuzeit, Berlin – New York 2002, 37–45, hier 37.

⁸ Juan Angel de SUMARAN, Nothwendiger aber doch kurtzer Unterricht für die Teutschen welche begeren Italienisch zu lernen, o. O. 1620. Klosterbibliothek Strahov, Prag, Signatur AC XIV 92.

⁹ Franz GALL – Hermine PAULHART (Bearb.), Die Matrikel der Universität Wien. Bd. 4: 1579/II–1658/59, Wien – Köln – Graz 1974, 115.

¹⁰ WIPPICH-ROHÁČKOVÁ, „Hochdeutscher“; 85 f.

¹¹ María José CORVO SÁNCHEZ, Los libros de lenguas de Juan Ángel de Zumaran. La obra de un maestro e intérprete de lenguas español entre los alemanes del siglo XVII, Frankfurt am Main 2007 (Saarbrücker Beiträge zur Sprach- und Translationswissenschaft 12), 41.

¹² GALL – PAULHART (Bearb.), Matrikel, Bd. 4, 151.

¹³ CORVO SÁNCHEZ, libros, 52; Faksimile dieser Grammatik in: Dieter MESSNER, Los manuales de español impresos en Viena en el siglo XVII, Bd. 1–2, Salzburg 2000, 1–494.

¹⁴ PÖLNITZ (Hg.): Matrikel, Tl. I, Bd. 2, 1. Halbband, Sp. 484.

¹⁵ Rowenskýs Testament liefert keine weiteren Informationen zu Johannes Angelus de Sumaran: Österreichisches Staatsarchiv, Wien (ÖStA), Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA), Obersthofmarschallamt (OMaA), Akten, Kt. 625, Testamente 1636–1670, Testament von Sumaran Catharina, 26.6.1655.

¹⁶ Freundliche Auskunft von Katrin Keller per E-Mail, 17.7.2008; vgl. Katrin KELLER – Alessandro CATALANO (Hg.), Die Diarien und Tagzettel des Kardinals Ernst Adalbert von Harrach (1598–1667), Bd. 2, Wien – Köln – Weimar 2010, 196, 208, 217–219, 297.

fragstuben zu erlangen.¹⁷ In seinem Gesuch, das er als *Professor Linguarum dieser Universitet in Wienn* unterschrieb,¹⁸ verwies er zunächst darauf, dass es bereits in vielen fremden Ländern und Städten *gewisse tabernen oder öffentliche stuben* gäbe. Wer etwas kaufen oder verkaufen wolle, könne sich dort anmelden und *nach allen sachen fragen*. In nicht mehr als *in einer viertl stundt* würden sie erfahren können, ob sich ihr Begehren befriedigen ließ. Da Sumaran erwähnte, dass er in den Gebrauch solcher Einrichtungen *woll erfahren* wäre, ist zu vermuten, dass er diese unter anderem dazu verwendete, um seine Dienste als Sprachlehrer anzubieten; als explizites Vorbild führte er Paris an, wo *ein Doctor Medicinae* – also Renaudot – *dises neulich inventiret* hätte.¹⁹

Die Fragstube sollte zunächst als Verkaufagentur für bewegliche und unbewegliche Güter – z. B. *hershafften, mühlen, heuser, höff, wein, traidt, haber, clainodien, silber, goldt, Ross, Viech, Wagen* – dienen. Von jedem Kauf- oder Verkaufswilligen sollten sechs Kreuzer Einschreibungsgebühr verlangt werden, explizit waren auch Frauen als Benützerinnen vorgesehen. Sumaran schlug weiters vor, dass die neue Einrichtung als eine Art Meldeamt beziehungsweise Auskunftsbüro über Aufenthaltsort und Leumund der Stadtbewohner/-innen verwendet werden könnte: Mit ihrer Hilfe könnte man erfahren, was für Leute in der Stadt seien, wo sie herkämen, *was ihr thuen und lassen sey, wo sie wohnen, undt mit wem sie sich aufhalten* und von welchem Schlag sie seien. Auch sollte Arbeitsvermittlung betrieben werden: Leute, die *promoviert* werden wollten, könnten in der Fragstube ihre Namen samt Wohnstätte und Fähigkeiten einschreiben lassen, während auch Namen und Ort derjenigen *Herrn oder Frauen, die solliche leith begehren*, registriert werden sollten. Zu den weiteren Dienstleistung zählte die Wohnungsvermittlung: *Wan frembde leuth herkhomen undt wollten gern auf ein Zeit ein khost oder mobiliertes Zimmer haben*, so könnten sie dieses zugewiesen bekommen.²⁰

Darüber hinaus schlug Sumaran vor, dass die *Fragstube* die Funktion eines Debattierklubs, wenn nicht gar einer Akademie übernehmen könnte: *[A]llerley sprachen und freye künsten* sollten dort ausgeübt werden, und wöchentlich sollte eine Diskussion über eine der neuen Nachrichten veranstaltet werden. Jeder – insbesondere *geschikte, wollgeraiste undt belesene leüth* – sollte seine Meinung sagen können und dabei von niemandem ausgelacht werden. Der *discurs* sollte aufgeschrieben werden und bei der Fragstube verbleiben. Dies wäre durchaus mit den Vorträgen des Pariser Vorbildes vergleichbar gewesen, die ebenfalls wöchentlich abgehal-

¹⁷ [ANONYM], Zur Geschichte des Wiener Fragamtes, in: Wiener Communal-Kalender und städtisches Jahrbuch 31 (1893), 419–426. Die in diesem Aufsatz zitierten Dokumente, die Karl Schrauf, ein Mitarbeiter des Haus-, Hof-, und Staatsarchivs im Universitätsarchiv Wien (UAW) ausfindig gemacht hatte, konnten dort in den 1980er-Jahren von Manfred Bobrowsky nicht aufgefunden werden: Manfred BOBROWSKY, Das Wiener Intelligenzwesen und die Lesegewohnheiten im 18. Jahrhundert (Diss.), Wien 1982, V. Dank Thomas Maisel (UAW) konnten sie wieder lokalisiert werden: UAW, Kodex Th 16: Acta Facultatis Theologicae IV 1567–1666, f. 289r–291a,r; f. 291b,v–292b,v, Einträge vom 27. 10. 1636 und 23. 11. 1636. Der dort in Form einer Abschrift überlieferte Text weicht geringfügig von dem im Wiener Communal-Kalender abgedruckten ab, es könnte daher sein, dass Schrauf die Originaldokumente zur Verfügung standen.

¹⁸ UAW, Kodex Th 16: Acta Facultatis Theologicae IV. 1567–1666, f. 291a,r.

¹⁹ Ebd., f. 289v–290r

²⁰ Ebd., f. 290v.

ten wurden und anschließend in Druck erschienen. Außerdem kann die *Fragstube* als Nachrichtenbörse betrachtet werden, in der *allerley Zeittungen zu erfinden und zu erfahren* wären, da man dort von allen möglichen Orten *correspondenzen und particularien* empfangen würde.²¹ – Die erwähnten Angebote deckten nicht alle Dienstleistungen ab, die Sumaran anzubieten gedachte; *vill anderer dergleichen nutzbarkeiten* würden durch die *Fragstuben dem gemainen Wesen zu guetten khommen*, allein, es fehlte Sumaran an Platz, diese näher auszuführen.²²

Ausreichend Raum nehmen in Sumarans Plan allerdings Beschuldigungen gegen die traditionellen Mittler von Dienstleistungen ein: Durch seine Einrichtung könnten *schedlich[e] Partitamacher* (d. h. Geschäftemacher)²³ sowie *allerley herumbstertzende Juden, undt Landtlauffer, die khein Gewerb treiben oder alhie hausgesessen sein, abges[c]haft*²⁴ werden; in seinem Adressbüro sollte kein Wucher, wie ihn ansonsten *Juden undt Christen* pflegen, betrieben werden.²⁵ Außerdem würde sein Angebot den Zwischenhandel ausschalten und sich gegen *Unterhandler* und *leitbetrieuer* richten.²⁶ Insbesondere abgesehen hatte es Sumaran auf die schädlichen Zubringerinnen, d. h. Dienstbotenvermittlerinnen – *ein dekhmantl alles Übels* –, bei denen sich allerlei *gesindl* aufhalte und die in den Häusern hin und her liefen, Frauen, Töchter und Mägde verführten, einen Dienst anzunehmen und bald wieder aufzugeben. Diese könnten nun in ihrer Tätigkeit eingeschränkt werden, da mittels des Protokolls der Arbeitssuchenden niemand anderer als *ein Zetl* die arbeitssuchende Person an die Dienststelle vermitteln würde.²⁷

Sumarans Vorschlag wurde abgelehnt, da die theologische Fakultät der Universität Wien ihn negativ begutachtete: Sie stellte zum einen Sumarans universitären Status als Professor der Sprachen in Frage, da diesen nur jene, die Hebräisch oder Griechisch lehrten, in Anspruch nehmen könnten; zum anderen behauptete sie, dass zwischen den Universitätsangehörigen und dem Vorsteher der *Fragstube* Zwist und Streitigkeiten zu befürchten wären und dass das aus der Vermittlungstätigkeit erzielte Einkommen nicht dem Staat, sondern nur dem Vorsteher zu Gute kommen würde. Als weiteres Argument führte die Fakultät an, dass die traditionell mit Arbeitsvermittlung beschäftigten Agenten und Agentinnen um ihren Verdienst gebracht und daraus Hass und Missgunst erwachsen würden. Auch wurde befürchtet, dass die Tätigkeit der Verkaufagentur zu Betrügereien führen könnte, da potenzielle Verkäufer sich unter falschen Namen in die Register einschreiben lassen könnten. Überhaupt wäre es unwahrscheinlich, dass ein und dieselbe Institution ein so breites Spektrum an Dienstleistungen anbieten könnte; vielmehr würde eine solche *Fragstube* einer Chymäre gleichen. Und schließlich bestünde in der *Fragstube* eine Gefahr für die Seelen dadurch, dass dort Dienstboten und Dienstmädchen mit Herrschaften und

²¹ Ebd., f. 290r.

²² Ebd., f. 291a,r.

²³ Ebd., f. 289v.

²⁴ Ebd., f. 290v.

²⁵ Ebd., f. 290r.

²⁶ Ebd., f. 291a,r.

²⁷ Ebd., f. 290v–291a,r.

Damen so häufig zusammenkämen. In ihrer Ablehnung verstieg sich die Fakultät sogar soweit, die Fragstube als „Zuchtstätte der Sünde“ (*seminarium peccatorum*) zu bezeichnen.²⁸ – Diese negative Haltung der theologischen Fakultät belegt, wie anstößig die potenzielle Einrichtung einer Vermittlungsstätte, in der die verschiedenen Klassen der Gesellschaft aufeinandertrafen, wahrgenommen wurde. Die Beschwerden über die traditionellen Mittlerinnen und Mittler wurden zwar nicht gezeugnet, reichten jedoch nicht aus, die *fragstube* als wünschenswerte Alternative dazu aufzubauen; nicht zuletzt wurde sie in ihrem Bestreben, Aufgaben einer Akademie zu übernehmen, als Konkurrenz zur Universität wahrgenommen.²⁹

Wilhelm von Schröders *Intelligenz-Werck*

50 Jahre nach Sumaran, im Jahr 1686, veröffentlichte der Kameralist Wilhelm von Schröder (1640–1699) in seiner *Fürstlichen Schatz- und Rent-Cammer* das Projekt eines so genannten *Intelligenz-Wercks*.³⁰ Schröder kannte von seinen Reisen nach England (1660 sowie 1678–1681) das an der Londoner Börse eingerichtete *office of intelligence* und berief sich auch darauf; das Intelligenzwerk war allerdings noch umfassender konzipiert, denn mit seiner Hilfe sollte in allen Erbländern der Habsburgermonarchie ein *generaler Marckt* errichtet werden, *allwo ein jeder ohne Reisen oder, Botenschicken in einer Viertelstund alles wissen könne, was in allen diesen Ländern zu verkauffen, und wo ein jedes zu finden sey*. Auf diese Weise wäre es möglich, die *gute Ordnung im Handel* herzustellen, die darin bestünde, dass die Handwerker Händler fänden, die ihre Arbeit ankaufen würden, ohne dass sie es nötig hätten, diese von Haus zu Haus herumzutragen und *die zeit mit lauffen zu verlieren*.³¹ Der gegenwärtige Zustand wäre weit von diesem Ideal entfernt, denn es würde häufig passieren, dass ein Handwerker ein Stück Arbeit fertig hätte und ein potenzieller Kunde genau dieses bräuchte, es allein aber nicht zu finden wüsste und daher viel Zeit mit Suchen verbräuchte. Auch wüssten viele Menschen auf dem Land nicht, dass in der Stadt Nachfrage nach ihren Erzeugnissen bestünde, weshalb sie ihre Ware oft Zwischenhändlern – *Vorkaufflern* – übergäben, die zur Teuerung beitragen: *Das Bothen schicken, item das in commission geben [...] macht eine sache theuer*. Auch *fremde Ankömmling* würden unter der Unwissenheit leiden, suchten sie doch oftmals vergeb-

²⁸ Ebd., f. 292a,r–v.

²⁹ Vgl. auch BLOME, Adressbüro, 9.

³⁰ Zu Schröder siehe u. a. Heinrich von SRBIK, Wilhelm von Schröder. Ein Beitrag zur Geschichte der Staatswissenschaften, in: Sitzungsberichte der kais. Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse Bd. 164, 1. Abh. (1910); Wilfrid HALDER, Schröder, Johann Wilhelm Freiherr v., in: Neue Deutsche Biographie, Bd. XXIII (2007), 577 f.; Felix CZEIKE, Historisches Lexikon Wien in fünf Bänden, Wien 1992–1997, Bd. 5, 147, Lemma „Schröder (Schroeder) Wilhelm Frh. v.“; vgl. auch folgende Darstellungen des Intelligenzwerk-Projekts: BOBROWSKY, Intelligenzwesen, 22–27, sowie Friedrich HUNEKE, Sozialdisziplinierung, Lektüre und gesellschaftliche Erfahrung im Vergleich. Das Intelligenzblatt und die ‚Lippischen Intelligenzblätter‘ (1767–1799), in: Sabine DOERING-MANTEUFFEL – Josef MANČAL – Wolfgang WÜST, (Hg.), *Pressewesen der Aufklärung. Periodische Schriften im alten Reich*, Berlin 2001, 210–244, hier 214 f.; Martin GIERL, *Zeitschriften – Stadt – Information – London – Göttingen – Aufklärung*, in: Hans Erich BÖDEKER – DERS. (Hg.), *Jenseits der Diskurse. Aufklärungspraxis und Institutionenwelt in europäisch komparativer Perspektive*, Göttingen 2007 (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 224), 243–264, hier 247 f.

³¹ Wilhelm von SCHRÖDER, *Fürstliche Schatz- und Rent-Cammer*, Leipzig 1686, 495–498.

lich Unterkunft oder Dienstleistungen und würden, wenn überhaupt, an einen Zubringer verwiesen, der ihnen *mehr Schaden und Unheil als Nutzen* brächte.³²

Ein weiterer Mangel sollte mittels der neuen Einrichtung ebenfalls behoben werden, nämlich der Mangel an geeigneten Dienstbotinnen und Dienstboten, der bewirken würde, dass die Herrschaften diesen einen zu hohen Lohn bezahlen müssten; anstelle der ohne Aufsicht geduldeten Zubringerinnen und Zubringer sollte das Intelligenzwerk die Vermittlung der Dienstbotinnen und Dienstboten übernehmen und darüber hinaus ein eigenes Gericht für letztere eingerichtet werden, bei dem diese sich einschreiben zu hätten.³³ Wieder einmal war es die Erbringung polizeilicher Dienstleistungen, die in Zusammenhang mit einem Adressbüro erwogen wurde.

Schröder wollte sein Intelligenzwerk nach dem Vorbild der Post organisieren: In allen Erblanden oder zumindest in Österreich, Mähren, Steiermark und Böhmen sollte an sämtlichen geeigneten Orten *ein öffentlicher Locus* eingerichtet werden, *intelligentz Orther*, die unter der Leitung eines am kaiserlichen Hof angesiedelten *directorio oder Oberintelligentz Hauß* stehen sollten. In diesen Einrichtungen könnte ein jeder sich anmelden und sein Begehren in ein „protocol oder Journal“ einschreiben lassen. Außer den dazu benötigten Schreibern wären auch eigene *intelligentz-Bediente* anzustellen, *welche man zum Ausschicken, nachfragen, unterhandeln und dergleichen gebrauchen* könnte.³⁴

Fünf verschiedene Medien – so genannte *intelligentien* – gäbe es, ein in einem *intelligentz-Hauß* deponiertes Bedürfnis bekannt zu machen: 1. das im Intelligenzhaus geführte *Journal oder Protocol*, in das ein Interessent Einblick nehmen könnte; 2. eine am Intelligenzhaus angebrachte *Taffel*; 3. eine öffentliche Ausrufung *per proclamationem vocalem*; 4. eine Mitteilung an ein anderes Intelligenzhaus; 5. *per charta publicam*, einem *wöchentliche[n] intelligentz-Blädgen*, das das Anliegen im ganzen Land bekannt machen würde und wöchentlich oder vierzehntägig *in gleicher Form wie die Zeitungen* publiziert werden sollte. Schröder nannte verschiedene Anwendungsbeispiele: So könnte ein Herr, der einen Trompeter suche, sein Anliegen dem Intelligenzhaus bekannt geben. Ebenso könnte ein Schiffer, der nach Pressburg fahre, dies mitteilen, um Mitreisende anzuwerben, oder ein eben angekommener Schiffer, dessen Schiff Schmalz geladen hätte, könnte dies ausrufen lassen und so Käufer finden. Und wenn die Armee Hafer, Wein oder Hufeisen nötig habe, könnte sie dies ins Intelligenzblättlein setzen.³⁵

Das geplante Intelligenzwerk sollte sich somit eines Medienmixes bedienen, um seine Vermittlungstätigkeit ausüben zu können. Keinem Privatmann könnte es verwehrt werden, eine solche Einrichtung zu schaffen, trotzdem aber sollte sie wie die Post unter öffentlicher Aufsicht stehen, um Betrügereien zu vermeiden.³⁶ Schröders Fazit lautete: Das Intelligenzwerk wäre *einfältig und schlecht beschaffen, aber so voller*

³² Ebd., 503 f.

³³ Ebd., 155–158.

³⁴ Ebd., 505–507.

³⁵ Ebd., 508–511.

³⁶ Ebd., 507 f.

nutzbarkeit; es würde Handel und Wandel erleichtern, die Armut lindern und nicht zuletzt auch die Einkünfte ihrer Majestät vermehren.³⁷ Sein Vorschlag eines länderübergreifenden Kommunikationsnetzwerks blieb Projekt; spätere Autoren nahmen ihn wieder auf³⁸, und manche Verwirklichungen von Adressbüros werden sich darauf berufen.³⁹

Leibniz' Plan eines *Notiz-Amtes*

Zu den Gelehrten, deren Phantasie im 17. Jahrhundert durch die Adressbüros beflügelt wurde, zählte auch Gottfried Wilhelm Leibniz.⁴⁰ Er kannte die Vorträge des Pariser *Bureau d'adresse*⁴¹ ebenso wie die Londoner *offices of intelligence*⁴² und projektierte über mehrere Jahrzehnte hindurch derlei Einrichtungen, die mal mehr in Richtung einer umfassenden Bildungs- und Vermittlungsagentur, mal mehr in Richtung eines vorwiegend auf kommerzielle Zwecke ausgerichteten Adressbüros mit Schwerpunkten auf den Dienstleistungen einer Verkaufagentur und Arbeitsvermittlung tendierten.⁴³

In den späteren Jahrzehnten standen die Leibniz'schen Adressbüropläne in Zusammenhang mit seinen Akademieprojekten; umfassender ausgearbeitet ist der eventuell aus den Jahren 1712/1713 stammende Entwurf zur *Errichtung eines Notiz-Amtes*, das der Finanzierung der geplanten kaiserlichen Societät der Wissenschaften dienen sollte. Mittels dieser *anstalt* sollten *leute, die einander von nöthen haben, von einander kundschaftt bekommen können*.⁴⁴ Bislang würde das Zusammentreffen von Käufern und Verkäufern, Arbeitern und Verlegern, Fuhr- und Schiffsmännern mit ihren Ladungen usw. nur zufällig erfolgen und gar mancher wäre *in schulden*,

³⁷ Ebd., 511.

³⁸ So z. B.: Heinrich BODE, *Fürstliche Macht-Kunst oder unerschöpfliche Gold-Grube*, Wordurch ein Fürst sich kan mächtig und seine Unterthanen reich machen, Wien 1703, 130–133; Julius Bernhard von ROHR, *Einleitung zur Staats-Klugheit, Oder: Vorstellung Wie Christliche und weise Regenten zur Beförderung ihrer eigenen und ihres Landes Glückseligkeit Ihre Unterthanen Zu beherrschen pflegen*, Leipzig 1718, 935 f.

³⁹ Astrid BLOME, *Das Intelligenzwesen in Hamburg und Altona*, in: DOERING-MANTEUFFEL – MANČAL – WÜST (Hg.): *Pressewesen*, 183–207, hier 188.

⁴⁰ Zu Leibniz' Adressbüroplänen siehe auch BLOME, *Adressbüro*, 13 f., 19 f.

⁴¹ Gottfried Wilhelm LEIBNIZ, *Bedenken von Aufrichtung einer Akademie oder Societät 1671(?)*, in: DERS., *Sämtliche Schriften und Briefe*, 4. Reihe, *Politische Schriften*, Bd. 1, Berlin (DDR) ³1983, 543–552, hier 548.

⁴² Gottfried Wilhelm LEIBNIZ, *Briefe an Gilles Filleau des Billetes*, Hannover 3./13. 7. 1692 sowie 8. 12. 1692, in: DERS., *Sämtliche Schriften und Briefe*, 1. Reihe, *Allgemeiner politischer und historischer Briefwechsel*, Bd. 8, Berlin (DDR) 1970, 332 – 334, 567–570, hier 333 und 568.

⁴³ Gottfried Wilhelm LEIBNIZ, *Drôle de pensée* September 1675, in: DERS., *Sämtliche Schriften und Briefe*, 4. Reihe, *Politische Schriften*, Bd. 1, Berlin (DDR) ³1983, S. 562–568, hier 565; deutsche Übersetzung in: Horst BREDEKAMP, *Die Fenster der Monade. Gottfried Wilhelm Leibniz' Theater der Natur und Kunst*, Berlin 2004, 237–246, hier 242; dort auch, 43–80 eine Analyse des Leibnizschen *Gedankenscherz*; Gottfried Wilhelm LEIBNIZ, *Semestria Literaria* [Herbst 1679.], in: DERS., *Sämtliche Schriften und Briefe*, 4. Reihe, *Politische Schriften*, Bd. 3, Berlin (DDR) 1986, 775–786, hier 782; Gottfried Wilhelm LEIBNIZ, *Brief an Kurfürstin Sophie Charlotte von Brandenburg*, 14. (24.) 12. 1697, in: DERS., *Sämtliche Schriften und Briefe*, 1. Reihe, *Allgemeiner politischer und historischer Briefwechsel*, Bd. 14, Berlin 1993, 867–869; Gottfried Wilhelm LEIBNIZ, *Gedanken zur Staatsverwaltung u.a. – De Republica* [September 1678], in: DERS., *Sämtliche Schriften und Briefe*, 1. Reihe, *Allgemeiner politischer und historischer Briefwechsel*, Bd. 2, Darmstadt 1927, S. 74–77; Gottfried Wilhelm LEIBNIZ, *Academie von Sachsen. Gesellschafts-Pläne/Plan d'une académie en Saxe*, in: DERS., *Oeuvres*, Bd. 7, *Leibniz et les Académies. Leibniz et Pierre le Grand*, hgg. von A. FOUCHER DE CAREIL, Paris 1875, 218–277, hier 226.

⁴⁴ Gottfried Wilhelm LEIBNIZ, *Errichtung eines Notiz-Amtes/Création d'un bureau d'adresse*, in: DERS., *Oeuvres*, Bd. 7, 358–366, hier 358.

schaden und verderben gerathen, weil man von ihm nichts wusste, während ein anderer sich *emporgeschwungen* hätte, weil er glücklicherweise einen Patron gefunden hätte; mit Hilfe des *Notiz-Amtes* würde *auß einem zufälligen etwas gewißes*.⁴⁵ Die Gesellschaft, die Leibniz somit durch seine Einrichtung schaffen wollte, war eine, in der Austauschprozesse nicht mehr chaotisch, sondern geregelt abliefen – ein Argument, das bereits Renaudot zur Rechtfertigung seines *Bureau d'adresse* verwendet hatte. Gänzlich den Zufall ausschalten wollte Leibniz jedoch nicht, ihn vielmehr geplant in den Prozess der Informationsvermittlung einbauen: Durch die Konsultation der Register des Notiz-Amtes *findet oft einer was er sucht, bekommt auch oft gelegenheit etwas zu suchen und zu verlangen, darauff er sonst nicht gedacht hätte*.⁴⁶ – Serendipity wird die Kunst genannt, etwas zu finden, was man ursprünglich gar nicht gesucht hat; Leibniz war dieses Phänomen vertraut und er bezog es in seine Konzeption mit ein.

Als weiteren Vorteil, den ein Adressbüro mit sich brächte, führte Leibniz an, dass dadurch die Menschen weiter vernetzt würden: Im Gegensatz zum Land, wo sie *weit von einander zerstreuet* leben würden, wäre der *hauptvortheil* der Städte, dass hier die Menschen näher zusammen wohnen würden und *einander leichter finden* könnten. Das Notizamt würde diesen Trend noch verstärken, ja geradezu *vollkommen* machen: *[D]ie menschen werden noch mehr vereiniget und so zu sagen concentrirt, also daß sich einer dem andern moraliter nähert und gleichsam ad contactum komt, da sie doch physice nicht beysammen und nicht in einem hause wohnen; [sie würden] sich einander nähern, sich kennen lernen und fester mit einander verknüpft werden*.

Leibniz' *Conclusio*: *polizey und ordnung, handel und wandel, commercien und manufactures, studien und künste* würden dadurch *überauß befördert werden*.⁴⁷

Ähnlich wie Wilhelm von Schröder vor ihm wollte Leibniz das gesamte deutsche Reich und nicht nur dieses, sondern auch Italien, mit einem Netz von Notizämtern überziehen; nicht nur in den größeren, auch in den mittleren Städten sollten sie errichtet werden.⁴⁸ Es war eine Reihe von Dienstleistungen, die von diesen angeboten werden sollte und die über das übliche Angebot an – im übrigen auch anonym nutzbaren –⁴⁹ Vermittlungsleistungen hinausging: Das *Notiz-Amt* sollte als Verwahranstalt für wertvolle Gegenstände dienen, als Abhaltungsort für Auktionen und Lotterien, es sollte Verträge öffentlich beurkunden und fromme Stiftungen verwalten; darüber hinaus könnte es mit einem *werck-, waisen- und armen-hauß* sowie einem Eichamt für Maße und Gewichte verbunden werden und schließlich könnte es auch zur Aufsicht über die Juden verwendet werden, weil – so Leibniz im Aufgreifen eines jahrhundertealten Vorurteils – deren *ganze nahrung insgemein in schacherey bestünde*.⁵⁰ Diese obrigkeitliche Inanspruchnahme wurde noch dadurch unterstrichen, dass Leibniz auch vorschlug, das *Notiz-Amt* nach venezianischem Vorbild als

⁴⁵ LEIBNIZ, Errichtung, 359 f.

⁴⁶ Ebd., 359.

⁴⁷ Ebd., 366.

⁴⁸ Ebd., 363.

⁴⁹ Ebd., 360.

⁵⁰ Ebd., 364 f.

Annahmestelle für anonyme Anzeigen zu verwenden, wobei er sich genötigt sah zu betonen, dass ein solches Angebot nicht missbraucht werden dürfte.⁵¹

Nach Leibniz' Vorstellung könnte das *Notiz-Amt* schließlich auch über ein Druckmedium verfügen, nämlich ein wöchentlich oder monatlich erscheinendes *diarium der dienlichen fürgefallenen dinge*, das auch die am Land lebenden Menschen informieren würde. Was dessen Inhalt anbelangt, so sollten darin das, was sonst durch Plakate affiziert würde, und weiters neu erschienene Bücher, Arzneien und Erfindungen, Raritäten und sehenswürdige Gegenstände kund gemacht werden. Der Vorteil eines solchen *Diariums* in Verbindung mit der Registratur des *Notiz-Amts* wäre, dass auf diese Weise *solche oft nützliche sachen [...] der nachwelt zur nachricht in gedächtniß erhalten werden* könnten; dasselbe gälte für obrigkeitliche Verordnungen, die im *Diarium* abgedruckt werden sollten.⁵² – Stärker noch als seine französischen und englischen Vorbilder erscheinen somit die von Leibniz konzipierten Adressbüros als Polizeianstalt: Sie sollen nicht nur Vermittlungstätigkeiten ermöglichen, sondern auch Kontrollaufgaben übernehmen.

Das Frag- und Kundschaftsamt

Die bisher genannten Versuche sollten im Projektstadium verbleiben; erst 1707 wurde in Wien ein Adressbüro gegründet, das die Bezeichnung *Frag-Amt* bzw. ab spätestens 1721 *Kayserliche[s] Frag- und Kundschaftsamt* trug;⁵³ 1722 bis Anfang 1728 wurden dafür auch der Name *Kaiserlich-Universal-Frag- und Kundschafts- und schriftliche[s] Niderlags-Amt*⁵⁴ bzw. *Kaiserl. Universal-Kundschaft- und schriftliche[s] Niederlags-Amt*⁵⁵ verwendet. Dieses Fragamt stand ursprünglich in engem Zusammenhang mit dem gleichzeitig eingerichteten Versatzamt – dem heutigen Dorotheum – und sollte der Finanzierung des seit 1693 in der *Alstergassen* (heute Alser Straße) erbauten großen Armenhauses dienen.⁵⁶ Bereits 1701 hatte die u. a. für die Erschließung von Einnahmequellen für diese Einrichtung eingesetzte Groß-Armenhaus-Kommission den Wiener Bürgermeister und Stadtrat aufgefordert, eine Stellungnahme zum Plan der Schaffung eines Versatzamts abzugeben; der daraufhin erstellte Bericht verwies auf bereits bestehende Leihhäuser in Amsterdam und Reichs- und Seestädten und schlug vor, das Armenhaus mit einem Privileg auf die Pfandleihe auszustatten, wobei der Prozentsatz auf das zur Verfügung gestellte Geld nicht mehr

⁵¹ Ebd., 360 f.

⁵² Ebd., 361 f.

⁵³ *Wienerisches Diarium (WD)*, Nr. 1862, 4.6.–6.6.1721; an Literatur zum Wiener Fragamt siehe u. a.: [ANONYM], *Geschichte*; Wolfgang DUCHKOWITSCH, *Absolutismus und Zeitung. Die Strategie der absolutistischen Kommunikationspolitik und ihre Wirkung auf die Wiener Zeitung 1621–1757* (Diss.), Wien 1978, 311–357; BOBROWSKY, *Intelligenzwesen*.

⁵⁴ *WD*, Nr. XXVII, 4.4.1722.

⁵⁵ *WD*, Nr. 8, 28. 1. 1728, Anhang.

⁵⁶ An Darstellungen zur Gründung des Versatz- und Fragamts vgl. insbesondere: Karl WEISS, *Geschichte der öffentlichen Anstalten, Fonde und Stiftungen für die Armenversorgung in Wien*, Wien 1867, 123; Albert STARZER, *Das k.k. Versatzamt in Wien von 1707 bis 1900*, Wien 1901, 9 f.; BOBROWSKY, *Intelligenzwesen*, S. 29 f.; zum Großen Armenhaus siehe auch die im niederösterreichischen Landesarchiv befindliche Chronik: Niederösterreichisches Landesarchiv, St. Pölten (NÖLA), NÖ Regierung, *Diverse Protokollbücher – Protokolle in Großen Armenhaus-Sachen, Versatzamts-Sachen 1626-1808*, Nr. 64/8: Gedenkprotokoll über Merkwürdigkeiten im Großen Armenhaus, undatiert.

als 6 Prozent betragen sollte. Das Projekt war explizit gegen die traditionell von Juden und *aller orton herumblauffende tändler weiber* betriebene Pfandleihe gerichtet, denen Wucher vorgeworfen wurde.⁵⁷ Die Realisierung des Versatzamts sollte sich allerdings verzögern und wurde erst wieder unter der 1705 einsetzenden Regentschaft Josephs I. betrieben: Diesmal war die Rede von einem *allgemeine[n] Versatz- und Frag-Amt*, das nicht nur Pfandleihe betreiben, sondern das auch für interessierte Verkäufer *die zu verkaufen im Willen habende sowol liegende als fahrende Sachen ordentlich protocolliren* sollte.⁵⁸ Im mit 14. März 1707 datierten Gründungspatent des Versatz- und Fragamts wurde der Tätigkeitsbereich des Fragamts ausführlicher beschrieben und als der einer Verkaufagentur definiert:

Wer auch immer Immobilien, *ein Gut, Hof, Hauß, Garten, Acker, Wiesen, Weingarten* oder aber andere Güter wie *Körner, Wein, Fässer, Holtz, Heu, Pferde, Wagen, Galanterie-Waaren, Musicalische Instrumenta, wie auch Spallier, Bilder, Bibliotheken* anzubieten hätte, müsste zu deren Verkauf nicht die teuren Dienste von Zubringern und Zubringerinnen in Anspruch nehmen, sondern könnte die Güter gegen Bezahlung von 17 Kreuzer *Schreib-Gelds in ein eigenes darzu absonderlich haltendes Protocoll* eintragen lassen. Wer nach diesen Angeboten suchen würde, könnte gegen eine ebenso hohe Gebühr – dem *Aufschlag-Geld* – in den entsprechenden Büchern nachschauen *und alle Umstände zu seiner Nachricht daraus [...] ersehen*. Sollte ein Kaufakt erfolgreich zustande kommen, erhob das Fragamt keine weiteren Gebühren; die Parteien wurden nur gebeten, diesen zu melden, *damit das verkauffte Stück aus dem Protocoll wiederum abgethan werden möge*. Untergebracht war das Versatz- und Fragamt im Haus des niederösterreichischen Statthalters Ferdinand Karl Graf und Herr von Welz in der Annagasse (heute: Haus der Musik), geöffnet war es an Werktagen von 9 bis 11 und 14 bis 16 Uhr; seine Tätigkeit aufnehmen sollte es mit 1. April 1707.⁵⁹

An diesem Gründungspatent sind zweierlei Umstände auffällig: Zum einen, dass das Fragamt keine über die Tätigkeiten einer Verkaufagentur hinausgehenden Dienstleistungen anzubieten gedachte, zum anderen, dass kein Anzeigenblatt erwähnt wurde. Das zu gründende Adressbüro bleibt somit ohne gedrucktes Medium, einzig das im Amt aufbewahrte Protokollbuch sollte die Transaktionen anbahnen. Vielleicht geschah dieser Verzicht aus Rücksicht auf das seit 1703 bestehende *Wien(n)erische Diarium*, vielleicht war auch von Anfang an eine Zusammenarbeit mit dieser Zeitung geplant, belegen lässt sich dies jedoch nicht. Sicher ist nur, dass die Eröffnung des Versatz- und Fragamts zwei Wochen nach Publikation des Patents im *Wien(n)erischen Diarium* angekündigt wurde, wobei auch das Dienstleistungsangebot des Fragamts Erwähnung fand:

Wann sonsten auch einer sein Gut/ Hof/ Haus/ oder Grundstück/ item Körner/ Wein/ Viehe/ oder andere Sachen/ wie sie Nahmen haben/ verkauffen/ oder kauffen wolte/

⁵⁷ Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA), Alte Registratur, A1: 14/1701: Bürgermeister und Rat der Stadt Wien an die niederösterreichische Regierung, 7.6.1701.

⁵⁸ NÖLA, NÖ Regierung, Normalien Kt. 486/4730 Versatzamtnormalien 1707–1805: Niederösterreichische Regierung an Kaiser Joseph I., 7. 12. 1706, f. 17r.

⁵⁹ CODEX AUSTRIACUS III: Supplementum Codicis Austriaci [...], Leipzig 1748, 531–535, Zitate 534 f. ; vgl. auch: WStLA, Patente, 1. Reihe, Nr. 1011, 14. 3. 1707.

*der solle solches in dem Ambt anmelden/ alda selbiges in ein darzuhabendes Prothocolo/ gegen Bezahlung 17. Kreuzer Einschreib- oder Aufsuch-Geld/ eingetragen und männiglich zur Nachricht vorgewiesen werden solle.*⁶⁰

Erst ab 1715 kam es zu einer weiteren Zusammenarbeit zwischen Versatzamt und *Diarium*: Letzteres veröffentlichte ab nun Listen von verfallenen, nicht ausgelösten Pfändern, die zur Versteigerung angeboten wurden.⁶¹

Die ersten Jahre

Was nun das Fragamt in diesen ersten Jahren seines Bestehens anbelangt, so ist nicht bekannt, ob seine Dienste überhaupt in Anspruch genommen wurden. Als in den Jahren 1717/1718 ein gewisser Matthias Leeb, *Spörreinnehmer zum Stubenthor*, sein Projekt eines *allgemeine[n] Fragambt*, auch als *Universal Insinuations- oder VormerckhungsAmbt* bezeichnet, einreichte, betonte er, dass in den letzten 11 Jahren *die Versatz, ohne dem Frag-Ambt frequentiret und prosequiret* worden wäre.⁶² An Leeb's Projekt – das die üblichen Invektiven gegen den *höchst schädliche[n] Wucher, und Juden Handl*, sowie die *lasterthaten deren Zuebring- und Kupler Leiten* nicht ausließ –⁶³ ist bemerkenswert, dass es nicht nur wie das seit 1707 bestehende Fragamt Verkaufsvermittlung betreiben, sondern darüber hinaus weitere Dienstleistungen anbieten wollte: So sollten für *Condition und dienstsuchende Persohnen, sonderlich Sprach, Tanz und Fechtmeister, Schreiber, Handelsbediente und Jungen Arbeit* vermittelt werden und Reisenden sollte Auskunft über mögliche Begleiter und Abreisegelegenheiten gegeben werden; Fremde, die ihre Anwesenheit bekannt machen sowie sich nach dem Aufenthaltsort anderer Personen oder überhaupt nach Neuigkeiten erkundigen wollten, konnten von Leeb's Fragamt Hilfe erwarten.⁶⁴

Leeb's Vorhaben blieb unverwirklicht, war jedoch vielleicht der Anlass, dass 1718 im *Wienerischen Diarium* eigens an die Existenz des Fragamts erinnert und darauf verwiesen wurde, dass dieses künftig in den Veröffentlichungen des Versatzamtes *ohne Benennung des Namens* der einbringenden Person Verkaufsinserate abdrucken würde. Gleich im Anschluss an diese Erinnerung wurden einige der zum Verkauf anstehenden Güter mitsamt ihrem Preis angeführt, wobei es sich um Luxusgegenstände wie Uhren, Juwelen und Spiegel handelte.⁶⁵ In der Folge wurde dieses Vorhaben allerdings nicht umgesetzt und bis 1721 sind keine weiteren Aktivitäten des Fragamts dokumentiert.

Der „Relaunch“ von 1721

In diesem Jahr wurde das Fragamt räumlich vom Versatzamt getrennt. Während letzteres in der Annagasse blieb – Versteigerungen nicht ausgelöster Pfänder fanden

⁶⁰ *WD*, Nr. 382, 30.3.–1.4.1707.

⁶¹ Die erste erschien im *WD*, Nr. 1216, 27.–29. 3. 1715; vgl. BOBROWSKY, *Intelligenzwesen*, 32 f.

⁶² Österreichisches Staatsarchiv, Wien, (ÖStA), Finanz- und Hofkammerarchiv (FHKA), Verschiedene Vorschläge 102: Ansuchen Matthias Leeb, undatiert, f. 39–76, hier f. 54v.

⁶³ ÖStA, FHKA, Verschiedene Vorschläge 102: Ansuchen Matthias Leeb, undatiert, f. 76r.

⁶⁴ Ebd., f. 51r–v.

⁶⁵ *WD*, Nr.1565, 30. 7.–2. 8. 1718; BOBROWSKY, *Intelligenzwesen*, 34 f.

u. a. im Regensburger Hof am Lugeck statt –⁶⁶, übersiedelte das Fragamt in das Haus des niederösterreichischen Regimentsrats Prokop Gervasius Graf von Gollen († 1729) in der Weihburggasse. Dieser Ortswechsel wurde in einem eigenen, mit 21. April 1721 datierten Patent publik gemacht, in dem auch erwähnt wurde, dass sich seit der Gründung des Fragamts *gar wenige, auch in denen letztern Jahren gar keine Partheyen, hierum sich angemeldet* hätten und dass es wohl *in einige Vergessenheit verfallen* wäre.⁶⁷ Wichtig war, dass das Fragamt ab nun mit dem *Wien(n)erischen Diarium* kooperierte und darin die so genannten „Negotienlisten“ veröffentlichte, wobei es sich um Registerauszüge der im Protokoll des Fragamts verzeichneten Einträge handelte. Die erste dieser Listen erschien am 4. Juni 1721;⁶⁸ ab der zweiten Liste wurde zur leichteren Auffindung der Einträge im Protokollbuch diesen die Seitenzahl des Protokolls sowie eine Registernummer vorangestellt.⁶⁹ Wer an einem der angebotenen Güter oder Dienstleistungen interessiert war, konnte mit der Liste – dem *Blät*⁷⁰ bzw. den *Kundschafts-Blätteln*⁷¹ – zum Amt gehen und dort *sich nach denen ausgesetzten Nummern sein Begehren alsobald [...] aufschlagen lassen*.⁷²

Die meisten der Einträge betrafen den Verkauf von beweglichen und unbeweglichen Gütern sowie den Verleih von Geld; manchmal diente dabei das Fragamt auch als Ausstellungsstätte für die zu verkaufenden Waren: Einmal wurde eine Probe von Spalier und Leinsessel aus niederländischer Produktion gezeigt,⁷³ ein anderes Mal Tafelbilder.⁷⁴ Zum Problem wurde, dass bald auch die vom Zwischenhandel lebenden Zubringer das Fragamt für ihre Zwecke zu benutzen versuchten: Diese boten nämlich jenen Parteien, die etwas zu verkaufen gedachten, an, die Eintragung in das Fragamtprotokoll zu übernehmen, womit darin nicht Name und Adresse des Besitzers vermerkt wurden, sondern die entsprechenden Angaben des Zwischenhändlers. Wollte nun jemand die betreffende Ware erwerben, wurde diese Person an den Zwischenhändler verwiesen; der ursprüngliche Zweck des Fragamts, eben den alles verteuernenden Zwischenhandel auszuschalten, wurde damit konterkariert, weswegen in einer Einschaltung des *Wienerischen Diariums* vor dieser Praxis gewarnt wurde.⁷⁵

⁶⁶ Dies wird u.a. belegt durch eine Ankündigung in: *WD*, Nr. 68, 26. 8. 1722.

⁶⁷ CODEX AUSTRIACUS IV: Supplementum Codicis Austriaci, Pars II, Wien 1752, 7 f. Der weiteren Bekanntmachung dienten auch folgende, im WStLA (Hauptarchiv Akten, Serie B: 1117/1710) aufbewahrte Drucke: *Richt-Schnur / So bey Ihro Römisch-Kayserlich- und Königlich-Catholischen Majestät Frag-Ambt / Die Universal-Kundschaftt / ja fast eines jedwedern Negotii einzuführen und zu remonstriren zu jedermanns Nutzen und Beförderung entspringet, o. J. (1721)*; *„Auß dem Der Röm. Kays. Und Königl. Cath. Majestät Neu-auffgerichteten Frag- und Kundschafts-Ambt Wird hiemit Jedermännlichen zu wissen / und kund gethan, o. J. (1721)*; *Kurtzer Inhalt und Unterrichtung Auß dem neu aufgerichteten Universal-Kundschaftt- und schriftl. Niederlags-Ambt / worinnen auß folgenden absonderlich allhier inserirten Puncten / zuersehen / was Massen zu Nutzen und Frommen des gemeinen Wesen / die sonsten zu machen habende schwere Unkosten / grosse Speesen und langwierige Zeit-Trainirung aufgehoben; hingegen die erspießliche Leichtigkeit des Handel- und Wandels allen Hoch- und Niedern Stands-Persohnen zu schleunigerer Beförderung hergestellt werden könne, o. J (1725).*

⁶⁸ *WD*, Nr. 1862, 4. 6.–6. 6. 1721; siehe BOBROWSKY, *Intelligenzwesen*, S. 38 f.

⁶⁹ *WD*, Nr. 1866, 18.–20. 6. 1721.

⁷⁰ *WD*, Nr. XVIII, 4. 3.1 1722.

⁷¹ *WD*, Nr. 24, 22. 3. 1724.

⁷² *WD*, Nr. 85, 23. 10. 1723.

⁷³ *WD*, Nr. 52, 29. 6. 1726.

⁷⁴ *WD*, Nr. 94, 24. 11. 1723.

⁷⁵ *WD*, Nr. 1868, 25.–27. 6. 1721.

Eine weitere untern gesehene Vorgangsweise der Unterhändler war, dass diese unter dem Vorwand, am Kauf einer Ware interessiert zu sein, die Angaben zu Person und Adresse des Verkäufers *arglistig erforsch[t]en* und sich daraufhin in den Abschluss der Geschäfte einzumischen versuchten; eine eigene kaiserliche Resolution vom 18. September 1721 stellte diese Praxis unter Strafe.⁷⁶

Neu war, dass das Fragamt Arbeitsvermittlung anbot: Bereits in der zweiten, am 18. Juni 1721 veröffentlichten Negotienliste suchte eine Person darum an, als Hofmeister dienen zu können, während auch darauf verwiesen wurde, dass sich *3. getreue / und aufrichtige Bediente [...] angemeldet* hätten, *worunter einer mit schönen Recommendation versehen* wäre. Überhaupt hätten *sich etwelche Personen / welche bey Herrschaften / als Secretarien / und Hofmaistern zu dienen verlangen / alhier angemeldet*.⁷⁷ In Bezug auf die Dienstbotenvermittlung versuchte das Fragamt auch, polizeiliche Funktionen zu übernehmen: Schon 1722 wurden dienstsuchende Personen aufgefordert, Angaben über Alter, Geburtsort, Eltern, Vermögensverhältnisse und Fähigkeiten zu machen und weiters Führungszeugnisse und Empfehlungsschreiben einzubringen; vom Fragamt würden sie im Gegenzug dafür eine schriftliche Bestätigung erhalten;⁷⁸ drei Jahre später wurde eine umfangreichere *Information- und Legitimations-Ordnung deren Condition-suchenden Partheyen* veröffentlicht, die nicht nur die genannten Bestimmungen enthielt, sondern auch potenzielle Dienstgeber dazu aufforderte, mündlich oder schriftlich bekanntzugeben, welchen Anforderungen die einzustellenden Dienstboten zu genügen hatten, wozu auch Angaben über die Körpergröße zählten. Weiters geht aus dieser Ordnung hervor, dass *Bemittelte* bei Anmeldung eine *Amts-Gebühr* in der Höhe von 100 Gulden 30 Kreuzer zahlen mussten, während *Unbemittelte* diesen Betrag erst später – nach erfolgter Vermittlung – zu bezahlen hatten.⁷⁹

Zumindest in einem Fall ist dokumentiert, dass im Fragamt Briefe hinterlegt werden konnten: So wurde im März 1726 ein gewisser aus Basel gebürtiger Johann Nicola Stupanus zweimal mittels Veröffentlichung im *Kundschaftsblatt* dazu aufgerufen, sich im Amt anzumelden, um einen Brief abzuholen.⁸⁰

Das im Fragamt aufliegende Protokoll und die teils dem *Wiener Diarium* beigelegten, teils auch extra zum Preis von einem Kreuzer separat erhältlichen⁸¹ Kundschaftsblätter waren nicht die einzigen Medien, die das Fragamt zur Verzeichnung und Bekanntmachung der eingebrachten Anliegen verwendete: So gab es auch noch eine Anschlagstafel – die *Kundschafts-Tafel*⁸² –, die vor dem Amt aushing und auf der *alle eingehende Begehren und Anfragen mit verschwiegenen Namen [...] täglich angeheftet* wurden.⁸³ Zusätzlich zum *Kundschaftsblatt* wurden weiters je nach

⁷⁶ WD, Nr. 1898, 8.–10. 10. 1721.

⁷⁷ WD, Nr. 1866, 18.–20. 6. 1721.

⁷⁸ WD, Nr. II, 7. 1. 1722.

⁷⁹ WD, Nr. 40, 19. 5. 1725.

⁸⁰ WD, Nr. 22, 16. 3. 1726; WD, Nr. 26, 30. 3. 1726.

⁸¹ WD, Nr. XXIII, 21. 3. 1722.

⁸² WD, Nr. 31, 15. 4. 1724.

⁸³ WD, Nr. 85, 23. 10. 1723.

Bedarf im Amt erhältliche Listen mit zu vermietenden Zimmern sowie mit arbeitswilligen Dienstboten gedruckt,⁸⁴ die sich allerdings nicht erhalten haben.

Auffällig ist, dass in den Jahren von 1721 bis 1728 das Fragamt relativ häufig seinen Ort wechselte: Im Oktober 1723 befand es sich *in des Herrn von Albrechts Behausung am untern Jesuiter Plätzel*,⁸⁵ im Monat darauf wieder im Hause Gollens in der Weihburggasse,⁸⁶ bevor im Mai 1724 der nächste Ortswechsel angekündigt wurde, diesmal in die Kärntnerstraße nächst dem Stock-im-Eisen-Platz in das S(t)attlerische Durchhaus.⁸⁷ Ob letztere Übersiedlung wirklich stattfand, ist fraglich, hieß es doch im Herbst 1724, *daß das Löbl. Amt aus dem Graf Gollischen Haus in das goldene Rädle bey dem Stuben-Thor im ersten Stock ist transferiret worden*.⁸⁸ Im Jahr darauf war das Fragamt im Schweighoferischen Haus in der Schultergasse, gegenüber dem Haus zum schwarzen Stern untergebracht,⁸⁹ Jänner bis September 1726 logierte es *bey denen obern Jesuitem / im Wertenburgischen Haus / gegen dem OfenLoch*⁹⁰ und übersiedelte schließlich in das *Doctor Rukisch[e] Haus / der Post gegenüber*,⁹¹ von wo es spätestens Anfang April 1728 in die Räumlichkeiten des *Wienerischen Diariums* zog, die sich im Fleckhammerschen Haus am Michaelerplatz gegenüber dem Hofballhaus befanden.⁹²

Ob diese oftmaligen Übersiedlungen dem Geschäftsgang des Fragamts schädlich waren, ist schwer abzuschätzen; das *Kundschaftsblatt* nahm im Laufe der 1720er-Jahre jedenfalls stetig an Umfang zu, und allein die Geschäftsvorgänge des Jahres 1721 füllten ein – heute nicht mehr erhaltenes – Verzeichnis im Umfang von fünf Druckbögen, dessen Erscheinen für den April 1722 angekündigt wurde. Es wurde als *Repertorium oder Haupt-Schlüssel der Handl- und Wandls Anleitung* bezeichnet und sollte wohl die Leistungen des Fragamts dokumentieren und ihm neue Interessenten zuführen.⁹³ Im *Wienerischen Diarium* wiederum wurden – nicht verwunderlich – Erfolgsmeldungen veröffentlicht: Ein *grosses Vergnügen* würden die Parteien an dem Amt zeigen, *das nichts anders / als ein öffentliche Universal-Handels- und Wandels-Gewölbe ist / wo alles durch schriftliche Specification mit Nutz und Vergnügen kann vernegotiiret werden*.⁹⁴ Täglich, *ja fast stündlich* würden sich Interessenten anmelden, die Zeit gewinnen würden, da sie nicht mehr lange und gefahrvoll mit ihren Gütern hausieren gehen müssten und *alle[n] umschweiffige[n] Irr-Wege[n] aus[...]*weichen könnten.⁹⁵ 1725, vier Jahre nach dem „Relaunch“ des Fragamts, teilte das Fragamt mit, dass durch das *Kundschaftsblatt so viel hundert tausend und mehr Personen* gedient werden konnte.⁹⁶

⁸⁴ WD, Nr. 31, 15. 4. 1724.

⁸⁵ WD, Nr. 85, 23. 10. 1723.

⁸⁶ WD, Nr. 94, 24. 11. 1723.

⁸⁷ WD, Nr. 38, 10. 5. 1724.

⁸⁸ WD, Nr. 84, 18. 10. 1724.

⁸⁹ WD, Nr. 18, 3. 3. 1725; WD, Nr. 30, 14. 4. 1725.

⁹⁰ WD, Nr. 7, 23. 1. 1726.

⁹¹ WD, Nr. 71, 4. 9. 1726.

⁹² WD, Nr. 27, 3. 4. 1728.

⁹³ WD, Nr. II, 7. 1. 1722; WD, Nr. XXVII, 4. 4. 1722.

⁹⁴ WD, Nr. 1881, 9.–12. 8. 1721.

⁹⁵ WD, Nr. 85, 23. 10. 1723.

⁹⁶ WD, Nr. 33, 25. 4. 1725.

Generell lässt sich feststellen, dass sich seit 1721 das Fragamt vom Versatzamt zunehmend emanzipierte, dafür aber eine immer engere Verbindung mit dem *Wienerischen Diarium* einging, ein Prozess, der letztlich Anfang des 19. Jahrhunderts im gänzlichen Aufgehen des Fragamts in der Zeitung der Haupt- und Residenzstadt münden sollte. Das *Diarium* (ab 1781: *Wiener Zeitung*) war auf obrigkeitliche Initiative hin entstanden und per Privileg vom 10. Jänner 1702 dem Drucker Johann Baptist Schönwetter überlassen worden.⁹⁷ Die erste Ausgabe erschien am 8. August 1703 und in den Jahren 1712 und 1719 wurde Schönwetters Privileg verlängert,⁹⁸ Ende 1721 jedoch wurde es ihm wieder entzogen, weil er sich geweigert hatte, eine Abgabe für die Errichtung der Hofbibliothek zu leisten. Bei der im Oktober 1721 erfolgten Versteigerung des Privilegs wurde dieses dem Meistbietenden, dem Drucker Johann Peter van Ghelen (1673–1754) überlassen.⁹⁹ Ghelen verpflichtete sich im entsprechenden, auf drei Jahre befristeten Vertrag vom 18. Dezember 1721, jährlich 3.333 Gulden 20 Kreuzer an Pacht zu zahlen,¹⁰⁰ eine Summe, die bei der am 3. Jänner 1724 erfolgten Vertragsverlängerung auf 4.000 Gulden erhöht wurde.¹⁰¹ In der Folge sollte Ghelen immer wieder darüber klagen, dass ihm das *Diarium* zuwenig einbrachte: So beschwerte er sich 1724 darüber, dass die Zeitung in Cafés, Bierhäusern und Barbierstuben aufliegen würde, und viele Leser es vorziehen würden, einen Kreuzer für eine Schale Kaffee zu zahlen, um das *Diarium* umsonst zu lesen, statt die sieben Kreuzer dafür auszulegen.¹⁰² Zwei Jahre später wiederum klagte Ghelen, dass die strenge Zensur den Verkauf der Zeitung hemme und bat um eine Herabsetzung der Pachtsumme, die ihm zumindest temporär auch zugestanden wurde.¹⁰³ Im Februar 1728 wurde Ghelens Vertrag auf weitere fünf Jahre verlängert, die jährliche Pachtsumme betrug weiterhin 4.000 Gulden.¹⁰⁴

Mit der Übernahme des *Wienerischen Diariums* fiel Ghelen auch der Druck der Negotienlisten des Fragamts zu; deren Umfang nahm in den Jahren bis 1728 stetig

⁹⁷ Anton MAYER, *Wiens Buchdrucker-Geschichte 1482–1882*, Bd. 2, Wien 1887, 14; DUCHKOWITSCH, *Absolutismus*, 147–150, 166 f.

⁹⁸ DUCHKOWITSCH, *Absolutismus*, 170–172; ÖStA, HHStA, Reichshofrat (RHR), Impressorien, Kt. 63, Konvolut III, Nr. 6: Privileg für Johann Baptist Schönwetter, 12.4.1712; ebd. Konvolut I: Dekret Karls VI. an Johann Baptist Schönwetter, 27. 6. 1719.

⁹⁹ MAYER, *Buchdrucker-Geschichte*, Bd. 2, S. 14 f., Anm. 58; Ernst Victor ZENKER, *Die Geschichte der Wiener Zeitung in ihrem Verhältnisse zur Staatsverwaltung auf Grund archivalischer Forschungen dargestellt*, in: *Wiener Zeitung*, Beilage (=Jubiläums-Festnummer der kaiserlichen *Wiener Zeitung* 8. August 1703–1903), 8. 8. 1903. <<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?aid=wzj>>, 1–12, hier 2 f.; DUCHKOWITSCH, *Absolutismus*, 265–288; ÖStA, HHStA, RHR, Impressorien, Kt. 63, bei Konvolut I, Nr. 18: Resolution Karls VI. an Johann Baptist Schönwetter, 22. 10. 1721. Zu Ghelen siehe u. a. Peter R. FRANK – Johannes FRIMMEL (Hg.), *Buchwesen in Wien 1750–1850. Kommentiertes Verzeichnis der Buchdrucker, Buchhändler und Verleger*, Wiesbaden 2008 (*Buchforschung. Beiträge zum Buchwesen in Österreich* 4), 77 f.

¹⁰⁰ ÖStA, FHKA, Kontrakte und Reverse (KR), C-339; Konzept unter demselben Datum in: ÖStA, FHKA, Hoffinanz, rote Nr. 851; eine Abschrift auch in: ÖStA, FHKA, Gedenkbuch 252, f. 473v–476r.

¹⁰¹ ÖStA, FHKA, KR, C-437: Vertrag mit Ghelen, 3. 1. 1724; Abschrift davon in: ÖStA, HHStA, Hofarchive, Obersthofmeisteramt (OMeA), Sonderreihe (SR), Kt. 46, Konvolut „Hofbibliothek's Reformirung/Zeitungsarrha“; f. 10–11.

¹⁰² ÖStA, FHKA, NÖ Kammer, rote Nr. 628: Johann Peter van Ghelen an Hofkammer, ca. 1724, f. 24–27, hier 25v–26r.

¹⁰³ Ebd., 1726, f. 28–29, hier 28v–29r; ÖStA, FHKA, Gedenkbuch Nr. 259 (NÖ 1726, 1727): Schreiben an Bancalitaet, 14. 5. 1726, f. 55r–56r.

¹⁰⁴ ÖStA, FHKA, KR, C-649: Vertrag mit Ghelen, 28. 2. 1728; Abschriften in: ÖStA, FHKA, Gedenkbuch Nr. 261, NÖ 1728, 1729, f. 222r–224r, sowie ÖStA, HHStA, Hofarchive, OMeA, SR, Kt. 46, Konvolut „Hofbibliothek's Reformirung/Zeitungsarrha“; f. 12–15.

zu, wobei sie teils in unregelmäßigen Intervallen erschienen und für die Jahre 1721 bis 1727 nur unvollständig erhalten sind.¹⁰⁵ Inwieweit Ghelen in diesen Jahren aktiv an der Gestaltung des *Kundschaftsblatts* beteiligt war, ist nicht bekannt.¹⁰⁶ Sicher ist, dass das *Diarium* Anfang 1728 eine regelrechte Werbekampagne lancierte, um das Publikum – wieder einmal – an die Existenz des *Kaiserl. Universal-Kundschaft- und Schriftlichen Niederlags-Amt* zu erinnern; zu diesem Zweck veröffentlichte es einen vier Seiten langen Anhang, in dem die Dienstleistungen des Amtes aufgezählt wurden, wobei diesmal neben der Vermittlung des Verkaufs beweglicher und unbeweglicher Güter explizit auch Arbeitsvermittlung sowie Hilfestellung beim Geldwechsel und beim Ausfindigmachen verlorener und gestohlener Güter angeboten wurden. Bei der Verkaufsvermittlung wurde eigens erwähnt, dass diese auch anonym abgewickelt werden könnte, ohne dass sich die beiden kontrahierenden Parteien kennen müssten.¹⁰⁷ In der Folge erschienen zumindest zwei, vielleicht auch drei Ausgaben des *Kundschafts-Blätl*, die dem *Diarium* beigelegt wurden und die Auszüge aus den Protokollen des Kundschaftsamts enthielten: Das Protokoll *Lit. A.* verzeichnete Immobilien, ein weiteres – *Lit. B.* – führte Buch über Personen, die Darlehen verlangten, und Protokoll *Lit. C.* registrierte bewegliche Güter; die einzelnen Einträge erhielten innerhalb des entsprechenden Protokolls fortlaufende Nummern. Ohne Erwähnung eines Protokolls wurden die Stellenanzeigen abgedruckt.¹⁰⁸

Spätestens nach Erscheinen dieser Ausgaben wurde Ghelen *von einer hohen Obrigkeit* mit der *Administration* des *Kundschaftsblatts* betraut:¹⁰⁹ Das nunmehr wieder unter seinem alten Namen firmierende *Frag- und Kundschaftsamt* übersiedelte endgültig in die Räumlichkeiten des *Wienerischen Diariums* am Michaelerplatz und Anfang April 1728 veröffentlichte letzteres eine Ankündigung des Fragamts,¹¹⁰ die diesmal das Erscheinen eines *Intelligenzblatts* unter dem Titel *Post-tägliche Frag- und Anzeigungs-Nachrichten / des Kaiserl. Frag- und Kundschafts-Amt in Wien* avisierte. Der Titel dieses Blatts sollte sich in den folgenden Jahrzehnten seiner Existenz immer wieder leicht ändern, die bereits eingeführte Bezeichnung *Kundschaftsblatt* oder *Kundschaftsblättle* wurde allerdings weiter verwendet.¹¹¹

¹⁰⁵ Eine Aufstellung der erhaltenen Ausgaben 1721–1727 siehe bei: BOBROWSKY, *Intelligenzwesen*, 41–47.

¹⁰⁶ DUCHKOWITSCH, *Absolutismus*, 331.

¹⁰⁷ *WD*, Nr. 8, 28. 1. 1728, Anhang.

¹⁰⁸ *WD*, Nr. 9, 31. 1. 1728, Beilage; *WD*, Nr. 10, 4.2.1728, Beilage; BOBROWSKY, *Intelligenzwesen*, 49.

¹⁰⁹ *WD*, Nr. 52, 30. 6. 1728; der oben angeführte Pachtvertrag für das *Diarium* vom 28. 2. 1728 erwähnt das Fragamt nicht.

¹¹⁰ *WD*, Nr. 27, 3. 4. 1728.

¹¹¹ Ab dem 3. 11. 1733 lautete der Titel: *Wienerische Post-tägliche Anzeigung und Nachricht von allerhand Licitationen : Citationen : Besetzungen deren Grund-büchern : Convocationen und Tag-satzungen wegen Verlassenschaften und Anforderungen . verschiedene Notificationen : item von gestohlenen / verlornten / und gefundenen Sachen : Andachten in und vor der Stadt : von gelehrten Leuten und Sachen / neu auskommenden Büchern / Naturalien / Maschinen / und dergleichen Erfindungen : wie auch besonderen Begebenheiten und seltsamen Zufällen. Und letztlichen die Nachrichtliche Anzeigungen des Kaiserl. Frag- und Kundschaft-Amts in Wien / von allerhand inner und ausserhalb der Stadt täglich zu kauffen / und verkauffen oder zu vertauschen / zu verleihen und leihen vorkommenden / Sachen / sodann Personen / welche leihen und ausleihen wollen / Bedienungen oder Arbeit suchen oder zu vergeben haben / auch von Fuhr-leuten / Schiff-leuten / Reisenden / etc.* (WPAN); danach folgten noch mehrere kleinere Titeländerungen: 1747 bis zumindest 1765 hieß das Blatt *Post-tägliche Anzeigung / und Nachricht aus dem Kaiserl. Frag- und*

Die *Frag- und Anzeigungsnachrichten* enthielten neben den Verkaufsanzeigen von beweglichen und unbeweglichen Gütern, Stellenanzeigen und Mitfahrgelegenheiten auch Steckbriefe, Vermisstenanzeigen sowie Verweise auf neu erschienene Bücher, zuweilen erfolgten auch Berichte über naturwissenschaftliche Phänomene oder aufsehenerregende Kriminalfälle; veröffentlicht wurden bis in die 1770er-Jahre hinein auch Termine von religiösen Andachten.

Nicht immer waren die Inhalte zwischen *Kundschaftsblatt* und *Diarium* trennscharf aufgeteilt: Das *Diarium* veröffentlichte weiter Anzeigen, und es kam vor, dass manche Anzeigen sowohl im *Kundschaftsblatt* als auch im *Wienerischen Diarium* erschienen. So wurde z. B. ein Tafelbild von Paul Veronese – die Erweckung Lazarus' – in beiden Medien annonciert.¹¹² Auch wurde zwischen dem *Diarium* und dem Fragamt nicht klar unterschieden; als einmal eine Bibliothek zum Verkauf anstand, verkündete das *Kundschaftsblatt* dies folgendermaßen: *Es ist eine Bibl[i]othec mehreren Theils guter Juristischer / dann Historisch- und Politischen Büchern zu verkauffen / wer darzu Lust hat / kan sich bey dem Verleger des Diarii, oder bey dem Frag- und Kundschaft-Amt anmelden / alwo der Catalogus zu lesen.*¹¹³ Verlag des *Diariums* und Fragamt verschwommen demnach, die Begriffe scheinen synonym verwendet worden zu sein: Einmal mussten sich Interessenten für den Kauf eines Billards *um die weitere Nachricht davon in dem Kaiserl. Frag- und Kundschaft-Amt an[...]melden*¹¹⁴, ein ander Mal, als knapp danach wieder ein Billard zum Verkauf anstand, mussten sich potenzielle Käufer *bey dem Verleger des Wienerischen Diarii [...] erkundigen.*¹¹⁵

Nur vereinzelt lassen sich Hinweise darauf finden, dass die Tätigkeit des Wiener Fragamts über die Redaktion des *Kundschaftsblatts* hinausging und dass manche Vermittlungstätigkeiten auch in den Räumlichkeiten des Fragamts stattfanden: So diente das Fragamt zumindest in den Anfangsjahren auch als Verkaufsstätte für manche der annoncierten Güter sowie als Abholort verlorener Gegenstände: 1731 konnten dort Lauten, neapolitanische Seife und eine Warzentinktur erstanden werden;¹¹⁶ ein gefundener silberner Siegelstempel wiederum lag im Fragamt zur Abholung bereit.¹¹⁷

Fortsetzung von Fußnote 111

Kundschaft-Amt in Wien (PAN), ab spätestens 1773 *Positägliche Anzeige aus dem k.k. Frag- und Kundschaftsamte in Wien* (PA).

Jahrgangsweise zusammengebundene Ausgaben dieser Publikation befinden sich für 1728 und 1730–1754 sowie 1763–1765, 1779, 1794–1805, 1807 und 1809–1813 in der Wienbibliothek im Rathaus (Signatur F 19.111, jeweils Beiband); in der Österreichischen Nationalbibliothek vorhanden sind darüber hinaus noch die Jahre 1772–1775, 1780–1783 und 1785–1788 (Signatur 1.005.524-D, beigegebunden) sowie 1794–1799 (Signatur 393.052-D.Alt, beigegebunden); vgl. Helmut W. LANG (Hg.), *Österreichische Retrospektive Bibliographie* (ORBI). Reihe 3: *Österreichische Zeitschriften 1704–1945*, Bd. 1, München 2006, 414–416, 437 f. (= Nr.3,1: 686–689, 731).

¹¹² WD, Nr. 38, 12. 5. 1728, PFAN, Nr. 11, 19. 5. 1728.

¹¹³ PFAN, Nr. 52, 9. 10. 1728.

¹¹⁴ PAN, Nr. 41, 23. 5. 1750.

¹¹⁵ PAN, Nr. 46, 10. 6. 1750.

¹¹⁶ PFAN, Nr. 36, 5. 5. 1731.

¹¹⁷ PFAN, Nr. 47, 13. 6. 1731.

Pachtgebühren für das Fragamt

In den ersten Jahrzehnten hatte Ghelen vermutlich keine Pacht für die Übernahme des Fragamts und den Druck des *Kundschaftsblatts* zu zahlen, die entsprechenden Verträge und Akten zur Verlängerung des Privilegs des *Wienerischen Diariums* von 1735¹¹⁸, 1736¹¹⁹ und 1748¹²⁰ erwähnen das Fragamt jedenfalls nicht. Die einzige Leistung, die Ghelen dafür zu erbringen hatte, war die Besorgung unentgeltlicher Druckerarbeiten für das Armenhaus und das Versatzamt;¹²¹ erst nach seinem Tod am 19. September 1754¹²² – Nachfolger wurde sein Sohn Johann Leopold Edler von Ghelen (1708–1760) – sollte sich dies ändern: Im darauf folgenden Jahr leitete Maria Theresia eine Untersuchung des Versatzamts ein, in deren Zuge der Versatzamtsbuchhalter Joseph Balthasar Dechau damit beauftragt wurde, mit Johann Leopold Edlen von Ghelen einen Pachtvertrag über das Fragamt zu schließen. Letzterer wurde vor die Alternative gestellt, zusätzlich zu den unentgeltlichen Druckerarbeiten 100 Gulden jährlich an das Versatzamt zu zahlen oder aber anstelle der Druckerarbeiten eine jährliche Pachtsumme von 400 Gulden zu begleichen; sollte er nicht einwilligen, würde das *Kundschaftsblatt* versteigert werden.

Ghelen reagierte darauf, indem er die schlechte finanzielle Situation des *Kundschaftsblatts* beklagte: Er legte eine Übersicht der für das *Kundschaftsblatt* anfallenden Einnahmen und Ausgaben vor, gemäß der die Produktion des Blatts ein Verlustgeschäft war: Den aus Abonnement (72 Exemplare) und Handverkauf (6 bis 8 Exemplare) erwirtschafteten Erlösen in der Höhe von jährlich 310 Gulden stünden Ausgaben in der Höhe von 326 Gulden jährlich gegenüber. Allein für den Setzer wären 150 Gulden zu veranschlagen, während für den Buchhalter – er hieß Joseph Schäringer – 100 Gulden anfielen. Ghelen beschäftigte auch einen eigenen *Übergeher*, der *die Edicten und andere Publicationen von denen Anschlags-Orten überall ab[zu]schreib[en], und ein[zu]liefer[n]* hatte und jährlich 26 Gulden erhielt; die restlichen 50 Gulden entfielen auf Papier und sonstige Materialkosten. Die Herausgabe des *Kundschaftsblatts* – das ohnehin *ausser einigen Tandlern und Juden fast Niemand sonst sich anzuschaffen pfleg[en]* würde – wäre eine Last, weswegen bereits der verstorbene Johann Peter van Ghelen mehrmals erwogen hätte, dieses einzustellen.¹²³ Es gab allerdings einen Beweggrund finanzieller Natur, der bei der Aufstellung der Einnahmen fehlte, nämlich die aus den Einschreibgebühren für die Protokollierung der Einträge in den Registern des Fragamts erzielten Erlöse sowie allfällige Gebühren, die Ghelen für die Einrückung von Annoncen in das *Kundschaftsblatt* verlang-

¹¹⁸ ÖStA, FHKA, KR, C-1009; Vertrag mit Ghelen, 28.6.1735; Abschrift: ÖStA, FHKA, Gedenkbuch Nr. 268 (NÖ 1735–1737), f. 82r–f. 85v.

¹¹⁹ ÖStA, FHKA, KR, C-1046; Vertrag mit Ghelen, 17.4.1736; Abschriften davon in: ÖStA, FHKA, Gedenkbuch Nr. 268 (NÖ 1735–1737), f. 211r–213v sowie ÖStA, HHStA, Hofarchive, OMeA, SR, Kt. 46, Konvolut „Hofbibliothek's Reformirung/Zeitungsarrha“; f. 16–18.

¹²⁰ ÖStA, FHKA, Gedenkbuch Nr. 275 (NÖ 1744–1750), f. 405r–v; Dekret an Ghelen, 22. 6. 1748.

¹²¹ NÖLA, NÖ Regierung, Maria Theresianische Verwaltung, Hofresolutionen in publicis, Kt. 155 (Juni 1774): Vortrag der Hofkommission in Stiftungssachen, 7. 11. 1758.

¹²² MAYER, Buchdrucker-Geschichte, Bd. 2, 21.

¹²³ NÖLA, NÖ Regierung, Maria Theresianische Verwaltung, Hofresolutionen in publicis, Kt. 155 (Juni 1774): Johann Leopold Edler von Ghelen an NÖ Repräsentation und Kammer, pr. 6. 11. 1758; vgl. auch die Darstellung bei DUCHKOWITSCH, Absolutismus, 348–357.

te. Die Höhe dieser Einnahmen ist unbekannt; Versatzamtbuchhalter Dechau war jedenfalls der Ansicht, dass das *Kundschafts-Amt einen namhaften Gewinn jährlich ertragen müste*.¹²⁴ Schließlich einigten sich die Kontrahenten in einem am 16. Jänner 1759 geschlossenen, für zehn Jahre gültigen Vertrag darauf, dass Ghelen 50 Gulden Pacht im Jahr an das Versatzamt zu zahlen und weiter gratis Druckerarbeiten für Versatzamt, Armenhaus und Holzaufschlagamt zu leisten hatte.¹²⁵

Trattner und Gontier – zwei potenzielle Konkurrenten

Im Jahr nach dem Vertragsabschluss starb Johann Leopold Edler von Ghelen, und eine aus Angehörigen der Familie Ghelen bestehende Erbgemeinschaft übernahm die Geschäfte des *Diariums*.¹²⁶ Die Ghelen'schen Erben sollten bald mit einem Angriff auf das ihnen für das Fragamt erteilte Privileg konfrontiert werden, denn im Jahr 1762 langte in der Hofkammer ein Ansuchen des Druckers Johann Thomas Trattner zur Privilegerteilung eines Adressbüros ein; im Begleitbrief begründete er sein Ansuchen damit, dass selbst *mitten in der gefährlichsten Kriegsläuffen* der Majestät Absicht dahin ginge, die Manufakturen und Fabriken *in mehreres Aufnehmen und Wachsthum [...] zu bringen*, dies allerdings dadurch erschwert würde, dass gemäß *aller Fabricanten und Manufacturisten Klage zwar viele Liebhaber*, d. h. potentielle Abnehmer von deren Waren, vorhanden wären, dass diese *wiederum die Manufacturisten nicht anzutreffen wüsten*. Abhilfe sollte die Gründung eines *Intelligenz-Amt[s]* schaffen, *wie dergleichen in Engeland schon vorlängst den gewünschten Endzweck erreicht hat*. Trattner beabsichtigte, die Leitung des Amts zu übernehmen, und suchte darum an, für sich und seine Erben ein Privileg auf 15 bis 20 Jahre zu erhalten.¹²⁷

In seinem Plan, der erhalten ist, führte er den mit *Wie und auf was Art in dieser Kayl: Königl: Haupt- und ResidenzStadt Wienn ein Intelligenz-Amt zu Beförderung des Commercii und pro commoditate publica zu errichten wäre* betitelten Vorschlag aus und brachte nochmals das Argument der zu geringen wechselseitigen Kenntnis von Käufer und Verkäufern: So würde der *allgemeine Mangel* der hiesigen Manufakturen hauptsächlich aus *Abgang der hierzu erforderlichen Bekanntschaft* herrühren, *da nehmlich Petrus als Käufer dem Paulum als Verkäufer et sic vice versa dieser jenen aus Mangel der Notiz nicht anzutreffen gewust, folglich der eine sowohl als der andere und so fort das Commercium selbst darunter leyden müssen*. Das Intelligenzamt sollte dieser mangelnden Kenntnis vor allem durch die Publikation eines zweimal

¹²⁴ NÖLA, NÖ Regierung, Maria Theresianische Verwaltung, Hofresolutionen in publicis, Kt. 155 (Juni 1774): Vortrag der Hofkommission in Stiftungssachen, 7. 11. 1758; es ist nicht bekannt, ob das *Kundschaftsblatt* zusätzlich zu den Einschreibgebühren noch Insertionsgebühren verlangte; in der ersten Ausgabe der *Posttäglichen Frag- und Anzeigungsnachrichten* war nur die Rede von den bereits 1707 festgelegten 17 Kreuzer für die Eintragung in das Protokoll: *ohne einem einzigen ferneren Unkosten* würde dann das Anliegen im Druck bekannt gemacht werden. PFAN, Nr. 1, 14. 4. 1728.

¹²⁵ HKA, Österreichischer Kommerz, Kt. 85, Fasz. 35 Intelligenz- und Kundschaftsblätter 1763–1812, f. 42–43; Vertrag mit Ghelen, 16. 1. 1759; Abschrift in: NÖLA, NÖ Regierung, Maria Theresianische Verwaltung, Hofresolutionen in publicis, Kt. 155 (Juni 1774).

¹²⁶ FRANK – FRIMMEL (Hg.), Buchwesen, 78.

¹²⁷ ÖStA, FHKA, ÖS Kommerz, Kt. 85 (vormals rote Nummer 86), Fasz. 35: Trattner an Maria Theresia, undatiert (1762), f. 7r–v; auch in WSTLA, Alte Registratur, A2, 107/1763 IV 11 sowie Moravský zemský archiv, Brunn (MZA), B1 Gubernium, Kt. 51, B6/55, f. 908.

wöchentlich erscheinenden *Intelligenzblatts* – moderat im Preis sowie im Umfang von circa einem Bogen je Ausgabe – Abhilfe verschaffen.

Im folgenden listete Trattner die einzelnen Rubriken auf, die sein Blatt enthalten sollte. Darunter fielen öffentliche Verlautbarungen, die Ankündigung von Auktionen genauso wie die Namen der in den täglichen Tor- und Totenzetteln aufgelisteten ankommenden, abgehenden und verstorbenen Personen. Als Argument für die Aufnahme der Rubrik der ankommenden und abfahrenden Personen führte der Drucker an, dass dies *die Ab- und Zufuhr der Waaren mercklich erleichtern, und d[en] Fuhrlohn vermindern würde*, wohl deshalb, weil Mitfahrgelegenheiten und freie Transportkapazitäten genutzt werden konnten. Zentral für das Projekt war aber die Rubrik für die so genannten *Commercialia*, das heißt Produkte der Fabriken und Manufakturen samt Preisangaben; ebenfalls in diese Rubrik fielen die Namen und Wohnorte der Handwerker, Verleger und der Meister, die einen Verlag suchten, sowie Hinweise auf neue Erfindungen und auf die in Meerhäfen und anderen Handelsplätzen befindlichen Warenverleger. Trattners *Intelligenzblatt* sollte auch die Arbeitssuche erleichtern, indem nicht nur männliches und weibliches Dienstpersonal – z. B. *junger Herren Hofmeister, Mademoisellen, Camerdiener Kamerjungfern, Köche, Schreiber Laquais* – vermittelt werden sollte, sondern auch Meister, die Gesellen und Arbeiter, sowie Gesellen und Arbeiter, die Meister suchten, benannt werden sollten. Gleichermäßen abgedeckt wurde auch die Wohnungssuche: Wer Häuser oder Wohnungen zu vermieten hatte, sollte diese beim Intelligenzamt anmelden; eine weitere Rubrik sollte sich gestohlenen, verlorenen sowie gefundenen Gegenstände widmen. Und schließlich war auch Platz für eine eigene Rubrik der *vermischten Sachen*, wovon Trattner u. a. die Berichterstattung über *Mordthaten Brände und dergleichen Zufälle* meinte.

All diese Gegenstände sollten dem Intelligenzamt per allerhöchster Verordnung zugeschickt werden, wo diese dann *in das hierüber zuführende Journal so dan das behorige Protocoll alltäglich eingetragen werden* mussten. Die Kommunikation mit den Adressbüro-Benutzern sollte demnach nicht auf das *Intelligenzblatt* beschränkt bleiben; mittels des genannten Protokolls sollte *einem jeden daselbst sich anfragenden die verlangte Auskunft gegeben* werden; auch Auskünfte per brieflicher Korrespondenz wären möglich. Trattners Vorschlag blieb nicht auf Wien beschränkt: Damit das *Intelligenzblatt* immer mit ausreichend *neue[n] Materien* versorgt wäre, sollten derlei miteinander korrespondierende Ämter in allen Hauptorten der Monarchie, nämlich in Prag, Brünn, Linz, Troppau, Graz, Laibach, Klagenfurt, Triest und in Tirol errichtet werden. Abschließend betonte Trattner nochmals, dass es mittels seines Vorschlags möglich sei, *alle Fabricata inn- und ausserhalb gesamten Erblanden bekannt zu machen, und die Manufacturen zu dem Grade ihrer Vollkommenheit zu erheben*.¹²⁸

¹²⁸ ÖStA, FHKA, ÖS Kommerz, Kt. 85 (vormals rote Nummer 86), Fasz. 35: Trattner: Vorschlag [...] wie [...] in [...] Wienn ein Intelligenz-Amt [...] zu errichten wäre, undatiert (ca 1762), f. 6, 9, auch in WStLA, Alte Registratur, A2: 107/1763 IV 11 sowie MZA, B1, Kt. 51, B6/55, f. 909–910.

Unter den verschiedenen Stellungnahmen, die zu Trattners Vorschlag eingeholt wurden, ist diejenige des Wiener Handelsstands besonders bemerkenswert, zeugt sie doch von tiefer Skepsis gegenüber dem öffentlichen Druckmedium *Intelligenzblatt*: So wurde schon das Hauptargument Trattners, die mangelnde wechselseitige Kenntnis von Käufer und Verkäufer, in Abrede gestellt und als *ganz und gar ohne Grund* bezeichnet: Unwissend wären nur die, die davon nicht betroffen wären; Käufer und Verkäufer hätten sich bislang auch ohne Intelligenzamt zu finden gewusst und Manufakturen sowie Kommerz würden nicht daran leiden, da sich bei ihnen genügend Leute bewerben würden, um *was immer erforderlich ist, anzutreffen und ausfündig zu machen*. Die *Commercialia* wiederum wären jenen, *welchen es Amts- Stands- und Profession halber zu wissen zustehet, besser bekannt, als es nimmermehr durch ein solches Intelligenz-Amt |: welches zuerst belehret werden müste :| bekannt werden könnte*; Interessenten, die nicht in die Kategorie der genannten Personen fielen, zogen die Vertreter des Handelsstands offensichtlich nicht in Betracht. Vor allem aber kritisierten sie die Schicklichkeit der Waren- und Arbeitsvermittlung via *Intelligenzblatt*: Handwerker, Meister und Warenverleger würden sich *durch ihre eigene und durch Freunde erwerbende Correspondenz* bekannt zu machen wissen und kein öffentliches Wochenblatt dafür verwenden; letzteres würde zu ihrem *schlechte[n] Ru[h]m* reichen und wäre allenfalls ein fruchtloses, *schwaches refugium einiger verworffenen*. Dasselbe gelte auch für die Dienstbotenvermittlung: Nur *schlechte Leuthe* hätten es nötig, sich auf diese Weise bekannt zu machen, *[w]ohlerfahrne und gesittete* würden sich dessen schämen; Herrschaften, die einen Hofmeister oder eine Gouvernantin benötigten, würden Bedenken gegen jene Personen tragen, die sich durch Intelligenzblätter bekannt machten. Kurz: *Honete Cammerjungfern, Köche, Schreiber etc. wissen auch ungedruckter Dienste zu finden, und unterzukommen*. Trattners Argument wiederum, dass die Veröffentlichung der ankommenden und abfahrenden Personen den Fuhrlohn vermindern würde, wurde gar als *ungegründetes Blendwerckh* bezeichnet. Überhaupt wäre der einzige Unterschied zwischen der neu zu gründenden Institution und dem bestehenden Frag- und Kundschaftsamt, *daß die Benennung Intelligenz-Amt etwas schöner klinget*.¹²⁹

Die Hofkammer nahm insbesondere Anstoß an der Publikation der Preise der Kommerzialwaren, da diese nur in wenigen Fällen – wie namentlich Eisen, Messing, Kupfer, Quecksilber, Baumwollprodukte und ähnlichen Waren – über einen längeren Zeitraum wenigsten einigermaßen gleich blieben, und trat ansonsten für eine Reform des bestehenden *Kundschaftsblatts* ein.¹³⁰

Eine ablehnende Stellungnahme kam erwartungsgemäß von den Ghelen'schen Erben: Sie betonten, dass das Trattner'sche Intelligenzamt von ihrem Frag- und Kundschaftsamt nur dem Namen nach unterschieden wäre; das vorgeschlagene *Intelligenzblatt* wäre *eine ganz überflüssige Sache*, da das *Kundschaftsblatt* ohnehin fast alle von Trattner aufgelisteten Rubriken abdecke, bis auf die Veröffentlichung

¹²⁹ ÖStA, FHKA, ÖS Kommerz, Kt. 85 (vormals rote Nummer 86), Fasz. 35: Bericht des Handelsstands an die niederösterreichische Regierung, pr. 29. 1. 1763, f. 32–35.

¹³⁰ Ebd., Aktennotiz, undatiert (ca 1763), f. 4.

der Tor- und Totenzettel, deren Publikation ihnen, den Ghelen'schen Erben, vormalig verboten worden wäre. Die Ablehnung des Projekts mündete in eine grundsätzliche Kritik an der zunehmenden Machtstellung des Medientycoons Trattner: *[A]llenthalben [wäre] bekannt, daß Herr Trattner sich von Zeit zu Zeit immer je mehr, und mehr auszubreiten, und alles unter sich zubringen gedenken wolle; so, daß absofortan die übrigen Buchdrucker fernershin neben seiner schon nicht mehr bestehen können; Trattners Interesse und Habsucht würden auf die Unterdrückung deren anderen Buchdruckern abzielen.*¹³¹ Auch der Vormund der Ghelen'schen Erben, Franz Joseph Muhr, verband seine Ablehnung mit einer Kritik an Trattner: Seiner Ansicht nach würde dessen Projekt in seinem *überflüssigen Eigen-Nutz* zu einer *Entkräftigung* seiner Mündel führen und in Wirklichkeit darauf abzielen, das *Wiener Diarium gänzlich [zu] cassire[n]*. Weiters verwies Muhr auf das bestehende Privileg für das Frag- und Kundschaftsammt.¹³²

Die übrigen befassten Behörden schlossen sich den ablehnenden Positionen an: Dem Rat der Stadt Wien kam Trattners Antrag *so ungereimt, als unbillig* vor, es würde jedermann fremd vorkommen, aus einem Amt zwei zu machen. Was die im Vergleich zu Trattners Vorschlag im *Kundschaftsblatt* nicht vermerkten Ankommenden samt deren Charakter und deren Unterkunft beträfe, so wäre eine solche Kundmachung einst verboten worden, doch könnte diese Rubrik sehr wohl in das bestehende *Kundschaftsblatt* aufgenommen werden. Ohnehin seien die Postwägen und Stellfuhren in den Kalendern nachzuschlagen und die ankommenden Fuhrleute könnten bei den Briefträgern sowie in den Wirtshäusern erfragt werden, genauso wären beim Mautamt Informationen über ankommende Waren zu bekommen.¹³³ Die traditionelle Form der Suche wurde demnach als realistische Alternative zur Informationsgewinnung per *Intelligenzblatt* angesehen. Die niederösterreichische Regierung fügte den bisherigen Stellungnahmen nur wenig Neues hinzu, vermerkte nur, dass die Rubrik der Ankommenden *aus gar guten Politischen Ursachen auszulassen anbefohlen* wurde und sie *niemahls einrathen* könnte, dieses Verbot aufzuheben, und sprach sich ebenfalls für eine abschlägige Antwort auf Trattners Vorschlag aus.¹³⁴ Im selben Tenor war der abschließende Vortrag der Hofkanzlei an Maria Theresia gehalten, die in ihrer Resolution nicht nur das Intelligenzamtprojekt ablehnte, sondern darüber hinaus den Kommerzienkonsess mit der Ausarbeitung eines Konzepts für ein neu zu gründendes Kommerzial-Nachrichtenblatt beauftragte.¹³⁵ Ein halbes Jahr danach konnte die Hofkanzlei mit Genugtuung vermerken, dass Trattner nicht weiter gegen die Ablehnung intervenieren würde und von seinem Ansuchen von selbst Abstand genommen hätte.¹³⁶

¹³¹ Ebd., Bericht der Ghelischen Erben an die niederösterreichische Regierung, pr. 3. 2. 1763, f. 39, 44–45, 48–50.

¹³² Ebd., Bericht des Mittelsrats Franz Joseph Muhr an den Wiener Stadtrat, pr. 7. 3. 1763, f. 64–71.

¹³³ Ebd., Wiener Rat an niederösterreichische Regierung, pr. 12. 4. 1763, f. 55, 78–82; Konzept in WStLA, Alte Registratur, A2, 107/1763 IV 11, exp. 11. 4. 1763.

¹³⁴ ÖStA, FHKA, ÖS Kommerz, Kt. 85 (vormals rote Nummer 86), Fasz. 35: Niederösterreichische Regierung an Hofkanzlei, 26. 4. 1763, f. 29–31, 36–38, 51–54, 83–87, 102–108.

¹³⁵ Ebd., ah. Resolution zu Vortrag der Hofkanzlei vom 14. 5. 1763, f. 23r.

¹³⁶ Ebd., Extractus aus dem Protokoll der Hofkanzlei, 1. 12. 1763, 3. 12. 1763, f. 143.

Noch ein weiteres Projekt sollte Anfang der 1760er-Jahre auf das Privileg des Wiener Fragamts abzielen: Ein Jahr nach Trattners Einreichung legte 1763 Johann Theodor Gontier – Verfasser einer französischsprachigen Zeitung – seinen ebenfalls auf französisch verfassten Plan einer Zeitung und eines Adressbüros vor, dessen Ziel es sein sollte, den erbländischen Untertanen bewusst zu machen, dass sie viele Waren, die sie zu einem teuren Preis aus dem Ausland bezögen, im eigenen Lande zu einem besseren Preis finden könnten. Um dieses Ziel zu erreichen, sollte eine mit einem wöchentlichen *Intelligenzblatt* verbundene Zeitung gegründet werden. Um dafür Inhalte zu bekommen, sollten Manufaktur- und Fabriksbetreiber dazu angehalten werden, eine Art Geschichte ihrer Betriebe zu liefern, das heißt eine Beschreibung der Entstehung ihres jeweiligen Betriebs, seines Fortschritts und aktuellen Zustands, der Warenvorräte und -preise; weiters sollten sie bekannt machen, welche Arbeiter sie benötigten. Ähnliche Informationen sollten von den Bergwerken gefordert werden, wie auch die Berichterstattung über Neuerungen in der Landwirtschaft nicht zu kurz kommen sollte. An weiteren Inhalten für die Wochenzeitung nannte Gontier Informationen über ankommende Schiffe und deren Ladung, die Namen und Unterkünfte von Arbeitern samt den von ihnen hergestellten Produkten sowie Verkaufs- und Wohnungsanzeigen. Als Vorbild für letztere verwies Gontier auf die Pariser Anzeigenblätter und Plakate. Manche Inhalte wiederum, die sich für eine Wochenzeitung nicht eigneten, sollten in einer monatlichen Broschüre veröffentlicht werden. Die projektierte Zeitung sollte auf deutsch und französisch erscheinen; als Verfasser der französischen Beiträge schlug Gontier sich selbst vor, die deutschen Beiträge sollten von keinem anderen als dem für seine Talente und die Schönheit seiner Diktion bekannten Sonnenfels geschrieben werden. Zur Organisation des Informationsflusses schlug Gontier die Errichtung eines Adressbüros – eines *Bureau d'adresse* – vor, das monatlich von den Kommerzkonsessen mit den einschlägigen Informationen zu versorgen und mit drei Mitarbeitern zu besetzen wäre. Ein Mitarbeiter, der Fremdsprachenkenntnisse besaß, sollte alle zu druckenden Gegenstände registrieren. Die Gebühr dafür sollte gering sein – z. B. 3 Kreuzer –, gerade im Vergleich zum *Wienerischen Diarium*, das 1 Gulden 8 Kreuzer verlangen würde. Die Buchhaltung über die eingenommenen Gelder sollte vom zweiten Angestellten geführt werden, der auch die Anzeigen und Artikel zu schreiben hätte, falls die Einbringer nicht dazu fähig wären; der dritte Angestellte wäre eine Art Kommissionär, der Besorgungen wie zum Beispiel Gänge zur Post erledigen würde.¹³⁷

Die Behörden behandelten Gontiers Plan nicht eingehend, sondern vermerkten nur, dass dieser in Zusammenhang mit dem Trattner'schen Intelligenzamt-Projekt stünde und ansonsten von vielen Sachen *nur Platonische Ausdrücke* liefere;¹³⁸ weitere Stellungnahmen dazu scheinen nicht erhalten zu sein.

¹³⁷ Ebd., Projekt von Gontier, 10. 2. 1763, f. 90–99.

¹³⁸ Ebd., Niederösterreichische Regierung an Hofkanzlei, 26. 4. 1763, f. 29–31, 36–38, 51–54, 83–87, 102–108, hier f. 107r; vgl. auch die ablehnende Stellungnahme des Wiener Magistrats: Bürgermeisteramt und Wiener Rat an niederösterreichische Regierung, pr. 25. 4. 1763, f. 88, 101, sowie WStLA, Alte Registratur, A2, Nr. 121/15. 4. 1763.

Privilegsverlängerungen

Trattners und Gontiers Avancen konnten somit abgewiesen werden und das Privileg für das Fragamt blieb in den folgenden Jahrzehnten im Besitz der Ghelen'schen Erben, wobei der jährlich dafür zu bezahlende Pachtbetrag beträchtlich anstieg: Ab der Verlängerung 1768 betrug die Pachtsumme 400 Gulden; im Gegensatz zur bislang geltenden Abmachung erfolgten allerdings die für das Armenhaus und das Versatzamt zu leistenden Druckarbeiten nunmehr gegen Bezahlung.¹³⁹ Diese Bestimmungen blieben auch bei der nächsten Privilegsverlängerung im November 1774 gleich.¹⁴⁰ Im Jahr darauf wurde das Privileg für das Fragamt – genauer: für das *Kundschaftsblatt* – gemeinsam mit dem Privileg für das *Wienerische Diarium* versteigert, vermutlich, um höhere Einnahmen für den Ärar zu erzielen. Vier Interessenten gab es, die an der Versteigerung teilnahmen, nämlich die Ghelen'schen Erben, vertreten durch den Faktor Johann Barth, dann Ignaz von Ghelen als Einzelperson – es ist nicht bekannt, ob dies durch ein allfälliges Zerwürfnis innerhalb der Erbgemeinschaft motiviert war –, weiters Joseph Gerold, vertreten durch seinen Vater Melchior Gerold, und schließlich ein Johann Fischer, vertreten durch Doktor Prati. Noch vor Beginn der Versteigerung protestierte der ebenfalls anwesende Vertreter des Versatzamts, Hauptkassier Franz Erdmannstorf, gegen den Umstand, dass *Kundschaftsblatt* und Zeitungsprivileg gemeinsam versteigert wurden, da das *Kundschaftsblatt eine dem Versatzamte schon von jeher einverleibte und zugehörige Sache* und durch einen *Partikularkontrakt an die v Ghelischen Erben gekommen* wäre. Erdmannstorf wollte eine *etwaige Vermischung* der beiden Privilegien verhindern; eine gänzliche Trennung von *Kundschaftsblatt* und *Diarium* gelang ihm zwar nicht, er erreichte jedoch immerhin, dass bei der Versteigerung das *Kundschaftsblatt* extra – zum Rufpreis von 400 Gulden – ausgerufen wurde und der dabei erzielte Betrag – 450 Gulden – weiter dem Versatzamt zufiel. Was das *Diarium* anbelangte, so wurde es um den bisherigen Pachtbetrag von 3.100 Gulden ausgerufen; es waren schließlich die Ghelen'schen Erben, die am meisten dafür zu bieten bereit waren, nämlich 8.760 Gulden jährlich.¹⁴¹ Die Länge des Pachtvertrags für das *Diarium* wurde nach Wunsch der Ghelen'schen Erben auf 12 Jahre festgelegt,¹⁴² während der Vertrag für das Fragamt gesondert am 4. Mai 1776 abgeschlossen wurde und nur drei Jahre lief;¹⁴³ 1779 und 1782 wurde das Fragamts-Privileg verlängert, die Bedingungen der Pacht blieben dabei gleich.¹⁴⁴

Auch die josephinischen Reformen brachten für das Fragamt kaum Neuerungen, das Versatzamtspatent vom 1. Februar 1785 bestätigte seine Zugehörigkeit zum Versatzamt – es wurde in dem Patent als *Pfandamt* bezeichnet – und betonte, dass

¹³⁹ NÖLA, NÖ Regierung, Maria Theresianische Verwaltung, Hofresolutionen in publicis, Kt. 155 (Juni 1774): Vertrag mit Ghelenschen Erben, 14. 12. 1768.

¹⁴⁰ Ebd., Vertrag mit Ghelenschen Erben, 23. 11. 1774.

¹⁴¹ Ebd., NÖ Regierung an Hofkanzlei, 17. 8. 1775.

¹⁴² ÖStA, FHKA, Neue Hofkammer (NHK), Österreichisches Kameral, Akten, rote Nr. 1859, Faszikel 35, 349 ex Okt 1775, f. 590r: Ah. Resolution über Vortrag der Hofkanzlei, 16. 9. 1775.

¹⁴³ NÖLA, NÖ Regierung, Maria Theresianische Verwaltung, Hofresolutionen in publicis, Kt. 155 (Juni 1774): Vertrag mit Ghelenschen Erben, 4. 5. 1776.

¹⁴⁴ Ebd., Vertrag mit Ghelenschen Erben, 20. 1. 1779 sowie 8. 1. 1782.

es mit seinen *Kundschaftsbögen und Einschreibbüchern [...] unverändert* belassen werden sollte; seine Einkünfte sollten an das Versatzamt fließen, wobei unklar ist, ob dazu nur die von den Ghelen'schen Erben beglichene Pachtsumme oder auch die Einschreibgebühren in die Protokolle zu zählen sind.¹⁴⁵

Knapp danach wurde von den Behörden erwogen, das Fragamt mit der Wiener Stadtpost, der 1772 gegründeten so genannten *Kleinen Post*, zusammenzulegen. Dieses ursprünglich privat geführte Unternehmen wurde seit 1783 von Franz Anton Gilowsky von Urazowa geleitet und sollte verstaatlicht werden;¹⁴⁶ im Zuge der Verhandlungen ventilierte Joseph II. den Vorschlag einer Fusion der beiden Einrichtungen.¹⁴⁷ Motivation dafür dürfte der Umstand gewesen sein, dass die *Kleine Post* neben der Versendung und Zustellung von Briefen innerhalb der Residenzstadt Wien eine Reihe von Zusatzdiensten anbot, die denen des Fragamts ähnelten: Wer zum Beispiel etwas verkaufen wollte, konnte dies auf *einige[n] hundert oder einige[n] tausend kleine[n] gedruckte[n] Zetteln* ankündigen und letztere per *Kleiner Post* an die Wiener Haushalte verteilen lassen; das Angebot würde dadurch *so schreyend bekannt* gemacht werden, *daß binnen wenigen Stunden die ganze Stadt von dem verlangten Gegenstand sprechen soll[te]*. Fremde wiederum, die eine bestimmte Person oder eine Wohnung suchten, konnten sich von einem Postillion an den gewünschten Ort begleiten lassen.¹⁴⁸ Außerdem kooperierte die *Kleine Post* mit dem 1783 bis 1786 erscheinendem *Wiener Blättchen* des Franz von Zahlheim, indem ihre Postboten für das *Blättchen* Anzeigen entgegennahmen.¹⁴⁹ Die *Kleine Post* wurde 1785 erfolgreich verstaatlicht; was die Zusammenlegung mit dem Fragamt betraf, so rieten die in dieser Angelegenheit befassten Behörden – Hofkanzlei, Hofkammer und Bankodeputation – dazu, wegen des bestehenden, bis 1788 laufenden Vertrags der Ghelen'schen Erben mit der Fusion noch zuzuwarten.¹⁵⁰

In der Folge kam es dann doch nicht zur anvisierten Zusammenlegung des Fragamts mit der *Kleinen Post*; stattdessen wurde die Verbindung mit der *Wiener Zeitung* gestärkt, indem am 1. Oktober 1787 ihr Privileg gemeinsam mit dem für das *Kundschaftsblatt* zur Versteigerung angeboten wurde;¹⁵¹ den Zuschlag erhielten abermals die Ghelen'schen Erben, die sich gegen Franz Guolfinger Ritter von

¹⁴⁵ Nachricht vom 1. Feber 1785 für das k.k. Versatzamt. o. O. o. V., o. J. Wienbibliothek im Rathaus, Signatur E 186.766; auch in: Joseph des Zweyten Gesetze und Verfassungen im Justiz-Fache. Jahrgang von 1785 bis 1786, Wien 1817, S. 11.

¹⁴⁶ Zur *Kleinen Post* siehe u. a.: Adolf LECHNER, Die Post in Wien vor 200 Jahren. Die „kleine Post“ von Wien, in: WrGbl 20 (1965), 495–498; Rüdiger WURTH, Der Brief in Vergangenheit und Gegenwart Österreichs als zeitgeschichtliches Dokument – Historische Vorgänge postalisch belegt (VIII), in: Österreichisches Jahrbuch für Postgeschichte und Philatelie 8 (1985), 7–107.

¹⁴⁷ ÖStA, FHKA, NHK, Österreichisches Kamerale, Akten, rote Nummer 412, Faszikel 9/11, 421 ex Februar 1785: Ah. Resolution Josephs II. über Vortrag der Hofkanzlei, Hofkammer und Bankodeputation vom 14. 2. 1785.

¹⁴⁸ Ebd., Faszikel 9/11, 32 ex März 1785, f. 199-200: Ankündigung der neuen Einrichtung der k.k. privilegierten Kleinen Post in Wien, 1.1.1784; abgedruckt in: Eduard EFFENBERGER, Aus alten Postakten. Quellen zur Geschichte der österreichischen Post, ihrer Einrichtungen und Entwicklung, Wien 1918, 252–255.

¹⁴⁹ Kurt STRASSER, Die Wiener Presse in der josephinischen Zeit, Wien 1962, 42–47.

¹⁵⁰ ÖStA, FHKA, NHK, Österreichisches Kamerale, Akten, rote Nummer 412, Faszikel 9/11, 32 ex März 1785, f. 168-179, hier f. 170v, 179r: Vortrag von Hofkanzlei, Hofkammer und Bankodeputation, 20. 2. 1785; vgl. EFFENBERGER, Postakten, 257.

¹⁵¹ PA Nr.70, 1. 9. 1787.

Stainsberg (Steinsberg), der für Trattner mitsteigerte, durchsetzen konnten.¹⁵² Das jährliche Pachtpauschale für *Wiener Zeitung* und *Kundschaftsblatt* betrug nun 17.200 Gulden, wovon 850 Gulden für das *Kundschaftsblatt* an das Versatzamt zu zahlen waren. Der entsprechende Vertrag vom 7. Jänner 1788 sicherte den Ghelen'schen Erben ein Monopol für den Abdruck von Inseraten zu, wobei auch die Höhe der dafür einzuhebenden Gebühren festgelegt wurde: Annoncen von Privaten, die die übliche Länge von einer Spalte nicht überschritten, hatten in der *Wiener Zeitung* einen Gulden und im *Kundschaftsblatt* 34 Kreuzer zu kosten; wurde das Inserat wiederholt, fiel nur die Hälfte des jeweiligen Betrags an.¹⁵³ Die Vertragsdauer betrug wieder 12 Jahre, nach deren Ablauf das Privileg ohne Versteigerung verlängert wurde. Der neue Vertrag wurde am 30. Oktober 1799 abgeschlossen und brachte keine das *Kundschaftsblatt* betreffenden Änderungen.¹⁵⁴

Die enge Verbindung zwischen Fragamt und *Wiener Zeitung* zeigte sich auch darin, dass seit dem 1728 erfolgten Einzug des Fragamts in das Gebäude des *Wiener Diariums* beide Einrichtungen jeweils gemeinsam in neue Räumlichkeiten übersiedelten, so 1774 in das Mannerische Haus in der Singerstraße Nr. 931¹⁵⁵ sowie 1795 in die Rauhensteingasse 976¹⁵⁶ (noch im selben Jahr umnummeriert zu 983)¹⁵⁷.

Das Ende des Fragamts

Anfang des 19. Jahrhunderts, in den Jahren 1801 bis 1814, hörte das Fragamt allmählich zu existieren auf; spätestens 1814 verschwand es gänzlich in der *Wiener Zeitung*. So widmete der Hof-schematismus von 1801 dem Fragamt keinen eigenen Register-eintrag mehr¹⁵⁸, und ab 1805 firmierte der offizielle Titel des Versatzamts nicht mehr als *Kaiserlich-Königliches privil. Versatz- und Fragamt*, sondern nur mehr als *Kaiserlich-Königliches Versatz-Amt*.¹⁵⁹ In diese Jahre fiel auch eine intensive Debatte um die Reform der *Wiener Zeitung*, deren Qualität von Regierungsseite als mangelhaft eingeschätzt wurde, insbesondere im Vergleich zu den ausländischen, nicht zuletzt französischen Zeitungen. Der Krieg mit den napoleonischen Truppen wurde auch als Medienkrieg geführt, in dem sich die österreichische Seite als unterlegen fühlte.¹⁶⁰

¹⁵² ZENKER, Geschichte, 5.

¹⁵³ NÖLA, NÖ Regierung, Maria Theresianische Verwaltung, Hofresolutionen in publicis, Kt. 155 (Juni 1774): Vertrag mit den Ghelen'schen Erben, 71.1788.

¹⁵⁴ ÖStA, HHSTA, Staatskanzlei: Wissenschaft, Kunst und Literatur, Kt. 13, Mappe *Wiener Zeitung*, f. 512r–516r: Vertrag mit den Ghelen'schen Erben, 30. 10. 1799; weitere Abschriften in: ÖStA, Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA), Polizeihofstelle, 1808/Z 385, f. 14–17 sowie 1810/22a, f. 60–65.

¹⁵⁵ WD, Nr. 37, 7.5.1774; das *Kundschaftsblatt* für dieses Jahr ist in der ÖNB (Signatur: 1,005.524-D.Per 1774) erst ab dem 2. Halbjahr vorhanden.

¹⁵⁶ PA, Nr. 39, 16. 5. 1795.

¹⁵⁷ PA, Nr. 79, 3. 10. 1795.

¹⁵⁸ Hof- und Staats-Schematismus der [...] Haupt- und Residenzstadt Wien, Wien 1801.

¹⁵⁹ Schematismus des kaiserlich-königlichen Hofes und Staates [...], Wien 1805, 130.

¹⁶⁰ Siehe dazu u. a.: Eugen GUGLIA, Zur Geschichte der Wiener Zeitung im Zeitalter der Revolution und Napoleons, in: *Wiener Zeitung*, Beilage (= Jubiläums-Festnummer der kaiserlichen Wiener Zeitung 8. August 1703–1903), 8. 8. 1903, 23–32. <<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?aid=wzj>>; Arnold WINKLER, Gentz und die „Wiener Zeitung“; in: *Wiener Zeitung* 1703–1928, Wien 1928, 62–127; Friedrich Wilhelm SCHEMBOR, Meinungsbeeinflussung durch Zensur und Druckförderung in der Napoleonischen Zeit. Eine Dokumentation auf Grund der Akten der Obersten Polizei- und Zensurhofstelle, Wien 2010 (Habsburg Digital. Elektronische Publikationsreihe der Österreichischen Gesellschaft zur Erforschung des 18. Jahrhunderts, 1), elektronische Publikation <<http://phaidra.univie.ac.at/o:62678>>.

Die Diskussionen um die Verbesserungen – die u. a. zur Gründung des *Österreichischen Beobachters* führten –¹⁶¹ betrafen auch das *Kundschaftsblatt*; so war Polizeipräsident Hager der Ansicht, dass *dieses ganz vernachlässigte Lokal-Intelligenz-Blatt bei den gemäßigteren Insertionsgebühren für den minderbegüterten Theil der Einwohner u. für Gegenstände von minderer Bedeutung nicht gleichgültig ist, und bey einer verbesserten innern und äußern Einrichtung besonders für den inneren Verkehr nützlich gemacht werden könnte*.¹⁶² Schließlich wurde entschieden, den bisher in das *Kundschaftsblatt* ausgelagerten Annoncenteil in die *Wiener Zeitung* zu integrieren; letztere sollte aus drei Teilen bestehen: Der erste Teil sollte Berichte über in- und ausländische Ereignisse beinhalten, der zweite Verkündungen von Gesetzen und offiziellen Nachrichten und der dritte das *Intelligenzblatt* mit Nachrichten von Privaten für Private. Unter der Bedingung, dass diese Einteilung zu befolgen wäre, wurde zum nächstfälligen Ende der Laufzeit des Privilegs, am 1. Juli 1811 die *Wiener Zeitung* versteigert. Wieder waren die Ghelen'schen Erben die Meistbietenden: Sie waren bereit, jährlich 26.050 Gulden zu zahlen, wovon wie bisher 850 Gulden an das Versatzamt gingen.¹⁶³ Die neue Einrichtung der *Wiener Zeitung* erschien ab 1812, und der Annoncenteil führte nun den Titel *Allgemeines Intelligenzblatt zur Oesterreichisch-Kaiserlichen privilegirten Wiener-Zeitung*. Das *Kundschaftsblatt* – die *Posttäglichen Anzeigen aus dem k.k. Frag- und Kundschaftsamte zu Wien* – wurde damit allerdings noch nicht eingestellt; seine letzte Ausgabe erschien wahrscheinlich erst am 30. Dezember 1813. Vereinzelt Hinweise in Reiseführern, dass dieses Blatt auch noch in späteren Jahrzehnten gesondert vom *Intelligenzblatt* der *Wiener Zeitung* existierte,¹⁶⁴ beruhen eventuell auf Verwechslungen und konnten bislang nicht bestätigt werden.

Eine Erinnerung an die Verbindung des einstigen Fragamts zum Versatzamt blieb allerdings bis zur Verstaatlichung der *Wiener Zeitung* 1857 bestehen: Bis zu diesem Jahr, das auch das Ende des *Intelligenzblatts* mit sich brachte, mussten die Ghelen'schen Erben jährlich 850 Gulden an das Versatzamt zahlen.¹⁶⁵

Zur Bedeutung des Fragamts

Wie wichtig war das Fragamt? Es überwiegen die Stimmen, die ihm wenig Bedeutung zumessen. So sprach ihm Ignaz de Luca, durchaus ein Kenner der Institutionen Wiens, beinahe seine Existenz ab, indem er in seiner 1787 erschienenen Beschreibung

¹⁶¹ Herbert EICHLER, Zur Vorgeschichte des „Österreichischen Beobachters“, in: Jahrbuch der Grillparzer-Gesellschaft 28 (1926), 170–181; Günther LEOPOLD, Friedrich v. Gentz im österreichischen Staatsdienst. Unter besonderer Berücksichtigung seiner Verdienste um das österreichische Pressewesen (Diss.), Wien 1956, 132–138.

¹⁶² ÖStA, AVA, Polizeihofstelle, 1810/22a, f. 95v: Note Hager an Hofkammerpräsident Graf Wallis, 2. 9. 1810.

¹⁶³ ÖStA, HHStA, Staatskanzlei, Notenwechsel mit Polizeihofstelle, Kt. 28, f. 134–137: Vertrag mit den Ghelen'schen Erben, 28. 11. 1811.

¹⁶⁴ Franz Heinrich BÖCKH (Hg.), Merkwürdigkeiten der Haupt- und Residenzstadt Wien und ihrer nächsten Umgebungen: Ein Handbuch für Einheimische und Fremde, Teil 1, Wien 1823, 62, 427; Joachim Heinrich JÄCK – Joseph HELLER, Reise nach Wien, Triest, Venedig, Verona und Innsbruck, unternommen im Sommer und Herbst 1821, Bd. 1: Wien und dessen Umgebungen, beschrieben vom Bibliothekar Jäck zu Bamberg, Weimar 1822, 278; Johann PEZZL, Neueste Beschreibung von Wien, Wien o.J. [1822], 432; Johann PEZZL – Franz TSCHISCHKA (ZISKA), Johann Pezzl's Beschreibung von Wien, Wien 1826, 444; Johann PEZZL, Beschreibung von Wien, verbessert und vermehrt von Franz Tschischka, Wien 1841, 331.

¹⁶⁵ ZENKER, Geschichte, 8; STARZER, Versatzamt, 13.

Wiens behauptete: *Fragamt, oder Intelligenzamt ist eigentlich keines in Wien wer aber in Intelligenzsachen öffentlich etwas bekannt zu machen hat, wendet sich an das in der Singerstrasse Nro 931 befindliche van Ghelensche Zeitungscomtoir.*¹⁶⁶ Wiener Zeitung und Fragamt erscheinen in dieser Stellungnahme als ident, letzteres fungiert nur mehr als Annahmestelle für Annoncen. Eine 1788 veröffentlichte satirische Schrift wiederum attestierte dem Personal des Zeitungscomptoirs, ganz *unerfahren* zu sein; *bey einer Anfrage, Auskunftgebung u. dgl. wie es bey einem Frag- und Kundschaftsamt erforderlich wäre, würde es einander ansehen, und erst in der Druckerey die Antwort einholen.*¹⁶⁷

Das vom Fragamt herausgegebene *Kundschaftsblatt* wiederum wurde von den Behörden eher gering geschätzt: So war es nach Ansicht des Rats der Stadt Wien notwendig, obrigkeitliche Verlautbarungen nicht nur in das *Kundschaftsblatt*, sondern auch in das *Wiener Diarium* zu setzen, da dieses mehr Leser als das *Kundschaftsblatt* hätte und außerdem überall hin verschickt würde, während für das *Kundschaftsblatt* gälte, *das sich um selbes gar wenige Leut bekümmer[t]en.*¹⁶⁸ Auch die Beamten in der Hofkammer waren vom *Kundschaftsblatt* nicht überzeugt und bedauerten, *das es keine bessere Gestalt in sich habe, und folgbahr auch dem publico wenig nuzen bringe.*¹⁶⁹

Ähnliches gilt für die Arbeitsvermittlung: 1764 erwähnte die Hofkanzlei in einem Vortrag, dass das Frag- und Kundschaftsamt bezüglich dieser seinen *Endzweck nicht erreicht* hätte.¹⁷⁰ Zwar sah das *Kundschaftsblatt* bis zuletzt zwei eigene Rubriken mit der Bezeichnung *Dienstsuchende Personen* bzw. *Dienst oder Arbeit zu vergeben* vor, gefüllt wurden diese jedoch nur selten¹⁷¹, und es verwundert nicht, dass es immer wieder Pläne gab, die Dienstbotenvermittlung unabhängig vom bestehenden Fragamt zu institutionalisieren. So schlug der aus Luxemburg gebürtige Johann Peter La Haye im Oktober 1787 vor, ein eng mit der Polizei kooperierendes, auf ihn privilegiertes *Dienstboten-Amt* in Wien zu errichten, *das der Mäklerey und dem schädlichen Unterhandel* Einhalt gebieten sollte; sein Ansuchen wurde im März 1788 abgelehnt, da der Wiener Magistrat ein eigenes Dienstbotenamt zu errichten gedachte.¹⁷² Dieses wurde noch im Oktober 1788 gegründet, wegen mäßiger Benutzung – die

¹⁶⁶ Ignaz de LUCA, Beschreibung der kaiserlichen königlichen Residenzstadt Wien. Ein Versuch, 2. Band: Wiens gegenwärtiger Zustand unter Josephs Regierung, Wien 1787, 80.

¹⁶⁷ Stimme der Livreydiener, Domestiken, und andern Dienstbothen in Hinsicht auf die Zeitungsausgabe und der sogenannten Extrablätter. Den hohen Herrschaften und Gebiethern ans Herz und Behörde zur Beherzigung vorgelegt von einem herrschaftl. Domestiken. Wien: o. V., 1788, 8.

¹⁶⁸ ÖStA, FHKA, ÖS Kommerz, Kt. 85 (vormals rote Nummer 86), Fasz. 35: Wiener Rat an niederösterreichische Regierung, pr. 12. 4. 1763, f. 55, 78–82, Konzept in WStLA, Alte Registratur, A2, 107/1763 IV 11, exp. 11. 4. 1763.

¹⁶⁹ ÖStA, FHKA, ÖS Kommerz, Kt. 85 (vormals rote Nummer 86), Fasz. 35: Aktennotiz, undatiert (ca. 1763), f. 4.

¹⁷⁰ Die Arbeitsvermittlung in Österreich. Herausgegeben vom Statistischen Departement im k.k. Handelsministerium. Wien 1898, 30, Anm. 1. Dieser mit 15. 12. 1764 datierte Vortrag scheint heute nicht mehr vorhanden zu sein.

¹⁷¹ Beispiele für die raren Stellenanzeigen: PA Nr. 55, 11. 7. 1795; Nr. 34, 27. 4. 1796; Nr. 19, 8. 3. 1797; Nr. 96, 6. 12. 1809; Nr. 80, 6. 10. 1810.

¹⁷² ÖStA, AVA, Polizeihofstelle, Pergenakten, Kt. 12, Konv. 10, f. 79–89: Bitte des Johann Peter La Haye, [...] in Wien ein Dienstboten-Amt zu errichten, rec. 12. 10. 1787; Dekret an La Haye, 10. 4. 1788.

obendrein freiwillig war – aber bereits 1791 wieder aufgehoben;¹⁷³ das den Ghelen'schen Erben verpachtete Frag- und Kundschaftsamt wurde in diesem Zusammenhang nicht erwähnt. Auch mit den Anfang des 19. Jahrhunderts eingeführten, als Kundschaftsämtler bezeichneten Arbeitsvermittlungsstellen, die der Obhut der Polizei übertragen waren, scheint keine Verbindung bestanden zu haben.¹⁷⁴

Eine gewisse Rolle scheint das Fragamt für die Immobilienvermittlung gespielt zu haben. Das Angebot an zu vermittelnden Wohnungen war so groß, dass dafür der im *Kundschaftsblatt* zur Verfügung stehende Raum nicht ausreichte: 1780 vermeldete das *Wienerische Diarium* seinem Publikum, dass anlässlich des üblichen Wohnungswechsels zum nächsten Lichtmeßfest im Frag- und Kundschaftsamt ein *eigenes Protokoll* über zu vermietende Wohnungen bereit liegen würde, in das von 9 Uhr früh bis 7 Uhr Einsicht genommen werden könnte, nicht allerdings am Mittwoch und am Samstag, da an diesen Tagen die Zeitung ausgegeben würde. Die Gebühr für das Einschreiben einer leeren Wohnung betrug 14 Kreuzer, Wohnungssuchende zahlten für eine Auskunft sieben Kreuzer.¹⁷⁵ Dieses Service scheint länger bestanden zu haben, es gibt einen Hinweis darauf, dass noch Anfang des 19. Jahrhunderts bei der *Wiener Zeitung* zu vermietende Wohnungen erfragt werden konnten, nunmehr ohne dafür Gebühr zahlen zu müssen: Als der Advokat Franz Carl Großhaupt 1803 um ein auf zehn Jahre anberaumtes Privileg für ein öffentliches Auskunftsamt zur Wohnungsvermittlung ansuchte, protestierten die Ghelen'schen Erben erfolgreich dagegen, indem sie auf das Fragamts-Privileg verwiesen und betonten, dass die entsprechenden Informationen dort unentgeltlich zu bekommen wären.¹⁷⁶

Warum konnten das Wiener Fragamt und das *Kundschaftsblatt*, wenn sie denn doch von so geringer Bedeutung waren, über Jahrzehnte hindurch existieren? Eine mögliche, recht offenherzige Erklärung dafür lieferte 1758 Johann Peter van Ghelens Nachfolger, Johann Leopold von Ghelen: Würde demnach ein anderer das *Kundschaftsblatt* übernehmen, so würde dieser es eventuell mit redaktionellen Inhalten anreichern und damit das Privileg des *Diariums* beeinträchtigen, was zu *vielfältige[n] Verdrüßlichkeiten* führen würde. Rechtsstreitigkeiten, die sich daraus ergeben würden, wollte Ghelen möglichst vermeiden und seine *Ruhe* sich auch um den Preis eines mit dem *Kundschaftsblatt* erwirtschafteten Verlusts *erkaufen*.¹⁷⁷ Ghelen wollte also die Monopolstellung des *Wiener Diariums* als einziger deutsch-

¹⁷³ Arbeitsvermittlung, hrsg. vom Statistischen Departement, 35 f., 53 f.

¹⁷⁴ Josef Karl MAYR, Wien im Zeitalter Napoleons. Staatsfinanzen, Lebensverhältnisse, Beamte und Militär, Wien 1940 (Abhandlungen zur Geschichte und Quellenkunde der Stadt Wien VI), 94–97.

¹⁷⁵ WD, Nr. 4, 12. 1. 1780.

¹⁷⁶ Gerson WOLF, Kleine historische Schriften, Wien 1892, 125 ohne Quellenangabe. Die heute noch vorhandenen Registereinträge zu diesem Vorgang geben keinen Hinweis auf den Protest der Ghelen'schen Erben: ÖStA, FHKA, NHK, Österreichisches Kameraler, Bücher, Bd. 141 (Protokoll 1803, Bd. 1), f. 643r; AVA, Hofkanzlei, Bücher Bd. 332 (1803, 2. Teil), f. 351v; NÖLA, G-Indices in Polzeisachen 1782–1850, 20/24: 1803, Lit Q, 13; NÖLA, NÖ Regierung, Einreichungsprotokoll 1/80 (1803, Nr. 6649–13051), Nr. 13043; ÖStA, HHSTA, Kabinettsarchiv, Handbilletenprotokolle Bd. 171, Staatsrätl. Protokoll I/1804, Nr. 872; Staatsratsprotokolle, Bd. 185, Protokoll I/1804, Nr. 872.

¹⁷⁷ NÖLA, NÖ Regierung, Maria Theresianische Verwaltung, Hofresolutionen in publicis, Kt. 155 (Juni 1774): Johann Leopold Edler von Ghelen an NÖ Repräsentation und Kammer, pr. 6. 11. 1758; vgl. auch die Darstellung bei DUCHKOWITSCH, Absolutismus, 348–357.

sprachigen Zeitung in Wien sicherstellen und potenzielle Konkurrenten von vornherein ausschalten, ein Ansinnen, das mit der genannten Neuorganisation des Wiener Pressewesens um 1810 hinfällig wurde: Wie in anderen Städten verschwand das Adressbüro in der Anzeigenexpedition der damit verbundenen Zeitung.

Bemerkenswert ist allerdings, dass weitere Einrichtungen gegründet wurden, die Adressbüros vergleichbar sind. Eine davon war die „Schreib- und Kopeystube“ des Wenzel Augustin Wersak, die Nicolai in seinem Reisebericht über Wien erwähnte, und die im Februar 1783 am Hohen Markt Nr. 489 errichtet wurde; diese besorgte diverse Schreibgeschäfte und Übersetzungen. Etwas später weitete Wersak seine Tätigkeit auf ein Dienstanzeigungskomtoir aus, das Dienstboten und Dienstbotinnen vermittelte.¹⁷⁸ 1819 wiederum gründeten in Wien Baron Karl von Steinau und Joseph Jüttner ein „Anfrage- und Auskunftscomptoir“¹⁷⁹ und in den 1830er- und 1840er-Jahren folgten ähnliche Einrichtungen, die allerdings nach Grillparzers, erstmals 1848 veröffentlichter Novelle *Der arme Spielmann* nicht gerade den besten Ruf gehabt zu haben scheinen; darin berichtet der vom Erzähler aufgesuchte Spielmann, wie er vom Sekretär seines verstorbenen Vaters betrogen wurde: Der Sekretär hatte ihm *den Plan zur Errichtung eines Auskunfts-, Kopier- und Übersetzungs-Comptoirs*¹⁸⁰ vorgeschlagen und für dessen Verwirklichung dreitausend Gulden bekommen; auch Kopierarbeiten von Musikalien sollten dort vorgenommen werden. Die vom Spielmann angebetete Barbara hält jedoch nichts von dem Plan: *Auskunft einziehen kann ein Jeder selbst und schreiben hat auch ein Jeder gelernt in der Schule*.¹⁸¹ Es kommt, wie es kommen muss, aus Zeitungen erfahren die Protagonisten, dass der Sekretär geflüchtet ist und eine Menge Schulden hinterlassen hat.

Aus den einstmals mit so hehren Absichten gegründeten Adressbüros waren somit im 19. Jahrhundert scheinbar beugte, schlecht beleumundete Anstalten geworden, denen betrügerische Geschäftemacherei vorgeworfen werden konnte; erst in der jüngsten Gegenwart erscheinen diese Einrichtungen wieder als Teil einer Geschichte des Suchens und Findens und können als Vorgeschichte einer Suchmaschine wie Google verstanden werden.¹⁸²

¹⁷⁸ Friedrich NICOLAI, Beschreibung einer Reise durch Deutschland und die Schweiz, im Jahre 1781, Berlin – Stettin 1783 (ND Hildesheim [u.a.] 1994), (Gesammelte Werke 16), LXVIII, 275 f. Zu Wersak s. a.: Gerhard AMMERER, Gräfin Henkel aus Kramschütz auf Reisen, oder: Wie eine attraktive Aventurelle 1790 die Männerwelt betörte, in: Frühneuzeit-Info 21 (2010), Heft 1/2, 90–106.

¹⁷⁹ Über das allgemeine Anfrage- und Auskunfts-Comptoir in Wien, in: Erneuerte vaterländische Blätter für den österreichischen Kaiserstaat, 15. 1. 1820, Nr. 5, 17–20.

¹⁸⁰ Franz GRILLPARZER, Sämtliche Werke. Historisch-Kritische Gesamtausgabe, 1. Abt., Bd. 13, Wien 1930, 67.

¹⁸¹ Ebd., 72.

¹⁸² Einen Beitrag dazu lieferte auch das gemeinsam von Thomas Brandstetter, Thomas Hübel (Institut für Wissenschaft und Kunst) und mir im Oktober 2008 in Kooperation mit der Wienbibliothek im Rathaus organisierte Symposium „Vor Google. Suchmaschinen im analogen Zeitalter“; Tagungshomepage mit Programm: <http://www.univie.ac.at/iwk/vor-Google/Tagungsbericht>; Tagungsbericht: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2446> (letzter Zugriff jeweils 4.4.2011); eine Publikation im Transcript-Verlag ist für 2012 in Vorbereitung. Als erste Annäherung an eine solche Vorgeschichte siehe auch: Anton TANTNER, Suchen und Finden vor Google. Eine Skizze, in: VÖB-Mitteilungen 64 (2011), Heft 1, 41–68.